

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 267.

Freitag, den 13. November 1908.

15. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

Die Anklagebehörde.

Zum Entwurf der neuen Strafprozeßordnung.

II.

H. E. Der Entwurf der neuen Strafprozeßordnung lastet, wie wir am Schlusse unseres vorigen Artikels erwähnten, den ministeriellen Charakter der Staatsanwaltschaft nicht an. Er beschränkt sich darauf, die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung etwas anders zu regeln. Nach geltendem Recht besteht für sie als Anklagebehörde und insoweit auch für die sonst bei der Strafverfolgung beteiligten Behörden, so besonders die Polizeibehörden, die als Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft in Betracht kommen, eine unbedingte Verpflichtung, wegen aller zu ihrer Kenntnis gelangenden gerichtlich strafbaren und verfolgbaren Handlungen die Strafverfolgung einzuleiten. Es ist dies das sogenannte Legalitätsprinzip. Eine mittelbare Einschränkung dieses Grundsatzes gilt, abgesehen von den Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Verfolgung der im Auslande begangenen strafbaren Handlungen, nur für die auf Antrag zu verfolgenden Vergehen der Verleumdung oder Körperverletzung; hier haben die öffentlichen Organe nur dann einzuschreiten, wenn es im öffentlichen Interesse liegt, während im übrigen der Weg der Privatklage offen bleibt. Die Begründung des Entwurfs muß zugeben, daß hier die staatliche Pflicht der Strafverfolgung in einer Schärfe zum Ausdruck gebracht wird, wie dies weder früher in den deutschen Partikularstaaten der Fall war, noch in den anderen Kulturstaaten gegenwärtig rechtens ist. Auf diese Tatsache ist von reformfreundlicher Seite, auch von Seiten der Sozialdemokratie, im Laufe der Jahrzehnte oft hingewiesen worden, ohne daß die „maßgebenden Stellen“ darauf Wert gelegt hätten. Für sie gab es bis jetzt an dem Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft berechtigtermaßen nichts zu tadeln. In der staatsanwaltschaftlichen Praxis wurde die Pflicht jedoch keineswegs immer gelibt.

Jetzt hat das zwingende Bedürfnis, die Justiz zu entlasten und die Staatsanwaltschaft dem Vorwurf der Odiosität zu entziehen, das Reichsjustizamt dazu gebracht, Einschränkungen des staatsanwaltschaftlichen Anklagemonopols bezw. der Verpflichtung zur Strafverfolgung vorzuschlagen. Die Begründung führt aus, die strenge Durchführung des Legalitätsprinzips habe zu vielfachen Klagen Veranlassung gegeben und manche Mißstimmung gegen die Strafrechtspflege sei hierauf zurückzuführen. Wenn Beschwerde darüber geführt werde, daß die Staatsanwaltschaft eine kleinliche Verfolgungssucht betätige und sich gehässigen Angebereien gegenüber allzu willfährig zeige, so richte sich dieser Vorwurf, in Wirklichkeit nicht gegen die Organe der Strafrechtspflege, die lediglich das Gesetz auszuführen haben, sondern gegen den bestehenden Rechtszustand. Das können wir nur mit einer starken Einschränkung gelten lassen. Die Staatsanwaltschaft ist nur verpflichtet, notorische Verbrechen und Vergehen zu verfolgen, nicht aber jeder Angeberei Rechnung zu tragen! Das Gesetz zwingt sie nicht dazu, jeder Denunziation wegen Majestätsbeleidigung, Beamtenbeleidigung, „Streikvergehens“, Übertretung der Vereinsgesetze zc. Folge zu geben. Sie hat im allgemeinen freie Entscheidung darüber, ob sie die öffentliche Klage erheben will oder nicht. Nach unserem aus langer Erfahrung geschöpften Urteil haben aber sehr viele Staatsanwälte den Vorwurf kleinlicher und gehässiger Verfolgungssucht verdient. Für eine Anzahl von Prozessen dorerwähnter Art ist nicht das Gesetz, sondern ordnungspolitischer Fanatismus der Anklagebehörde verantwortlich zu machen. Oft schon hat man sich in weiten Volkskreisen erstaunt und entrüstet gefragt, wie es denn nur möglich war, daß die Staatsanwaltschaft öffentliche Klage erheben konnte.

Die Begründung des Entwurfs gibt zu, was die Reichsjustiz-Beifern früher energisch bestritten haben, daß der Grundsatz des unbedingten Verfolgungszwanges zu einer übermäßigen Belastung der zur Verfolgung berufenen Behörden geführt und vielfach zur Folge gehabt habe, daß gegen undemittelte Personen wegen unbedeutender Verfehlungen kurzzeitige, für die Zwecke der Strafrechtspflege wertlose, den Beurteilten aber in ihrem Fortkommen schädliche Freiheitsstrafen vollstreckt werden müssen, weil die Beitreibung von Geldstrafen nicht möglich ist.

Das Reichsjustizamt hat also aus der Kritik der Reformrichtungen doch etwas gelernt. Aber es schlägt einen verkehrten Weg zur Abhilfe ein. Es will nimmermehr das Legalitätsprinzip hauptsächlich nach zwei Richtungen

hin eingeschränkt wissen. Zunächst soll die bedingungslose Verfolgungspflicht wegfallen in Sachen, die ohne erhebliche Bedeutung sind. Der Staatsanwaltschaft soll überlassen werden, von einem Einschreiten abzugehen, wo dieses nur zu einer unwesentlichen Erhöhung einer dem Täter bereits wegen anderer Straftaten auferlegten oder in Aussicht stehenden Strafe führen würde. Richtiger wäre es, das nicht in das freie Ermessen der Staatsanwaltschaft zu stellen, sondern eine genügend formulierte bindende Vorschrift dafür zu treffen. In Sachen, die vor dem Amtsgericht ohne Schöffen zu verhandeln sind, also namentlich Übertretungen, soll die öffentliche Klage nur erhoben werden, wenn dies im „öffentlichen Interesse liegt“. Das ist wieder ein beherrschender Begriff. Auch für solche Sachen muß das willkürliche Ermessen der Anklagebehörde durch bindende Vorschriften ersetzt werden. Denn was kann ein Staatsanwalt nicht alles als „im öffentlichen Interesse liegend“ erachten! Dafür gibt die Erfahrung genügende Lehren. Um die Stellung der Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde ihres gefährlichen Charakters zu entkleiden, ist die Abhilfe vielmehr im Strafgesetz als in der Strafprozeßordnung zu suchen. Das, was als Gesetzesverletzung anzusehen ist, muß so fest umschrieben werden, daß allen Auslegungskünsten ein Riegel vorgeschoben wird und nicht mehr plötzlich aus der Laune von Staatsanwälten und Richtern heraus Handlungen für strafbar erklärt werden, die bisher allgemein als rechtlich zulässig galten.

Mittelbar wird außerdem der Verfolgungszwang durch eine weitere nicht unerhebliche Ausdehnung des Kreises der Privatdelikte eingeschränkt. Der Entwurf macht auch die Vergehen des Hausfriedensbruchs, der gefährlichen Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbepflicht, der Bedrohung und der Sachbeschädigung der Privatklage zugänglich. Nur in einem der hier in Rede stehenden Fälle soll „im öffentlichen Interesse“ die Staatsanwaltschaft öffentliche Klage erheben können, im Falle des § 123 des Strafgesetzbuches (Hausfriedensbruch).

Des weiteren bezieht der Entwurf ganz allgemein den Verfolgungszwang hinsichtlich der von Jugendlichen begangenen Straftaten; an die Stelle der Strafe können, „soweit es geboten erscheint“, Erziehungs- und Besserungsmassregeln nach Maßgabe der Entscheidung der Vormundschaftsbehörde treten. Übrigens bleibt das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft den Jugendlichen gegenüber insoweit bestehen, als sie Klage „im öffentlichen Interesse“ erheben kann. Gegen eine derartige Lösung der Frage der Behandlung jugendlicher Übeltäter sind große Bedenken zu erheben. Grundsätzlich muß gefordert werden, daß die Strafrechtspflege überhaupt und durchaus nicht ihrer sich anzunehmen hat.

Die Einschränkungen, die das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft durch den Entwurf erfährt, sind hoch zu bewerten, sollte man sich hüten. Jedenfalls ändern sie am Charakter dieser Behörde gar nichts. Und ihr Charakter als maßgebender Justizfaktor erfährt auch keine nennenswerte Einschränkung durch die weiteren, ihre Rechte und Pflichten regelnden Bestimmungen des Entwurfs. Wohl wird im Vorverfahren und Zwischenverfahren die Stellung des Beschuldigten und des Verteidigers in einigen Punkten etwas verbessert. Das Recht des Beschuldigten, Beweiserhebungen zu verlangen, überhaupt sein Interesse wahrzunehmen, erfährt einige Erweiterung und Sicherung. Die Einsicht der Akten soll dem Beschuldigten und dem Verteidiger nicht nur wie bisher — ersterem nur ausnahmsweise — gestattet werden können; es wird ihm grundsätzlich das Recht hierzu eingeräumt. Der mündliche Verkehr des Verteidigers mit dem verhafteten Beschuldigten wird von jeder Überwachung befreit und auch der schriftliche Verkehr soll, abgesehen von einer Vorschrift, die lediglich die Kontrolle darüber bezweckt, ob eine Mitteilung tatsächlich vom Verteidiger ausgeht, keiner Beschränkung mehr unterliegen.

Das sind durchaus notwendige Reformen, aber nur ein kleiner Teil von dem, was im Interesse der Rechtssicherheit für den Beschuldigten der Staatsanwalt gegenüber gefordert werden muß. Jedenfalls erfährt die Stellung der Staatsanwaltschaft als Anklagebehörde, die das ganze Vorverfahren und Zwischenverfahren beherrscht, sowie auch die in vielen wichtigen Stücken geradezu untergeordnet erscheinende Stellung der Gerichte ihr gegenüber durch den Entwurf keine grundsätzliche Änderung. Die Frage der Verhängung der Untersuchungshaft durch die Staatsanwaltschaft erfährt nicht eine gründliche, reformatorische Regelung.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich klar, daß der Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung eine gründliche Reform des öffentlichen Anklagewesens nicht erstrebt. Die Staatsanwaltschaft soll so eine Art „Vorsicherung“ und „Klammern“ auf dem Gebiete der Strafrechtspflege bleiben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

hielt am Donnerstag über Gesetzesverletzungen Bericht ab. Im ersten Teil der Sitzung sah die Kolonialverwaltung, im zweiten Teil die Grubenaristokratie auf der Anklagebank. Bei den kolonialen Rechnungssachen wurde vom Abg. Erzberger eine fürchterliche, ins. Kriminelle reichende Schlamperei enthüllt. Unser Fraktionsredner Noske, unterstützt vom Genossen Frank, wies nach, daß zur empörenden Schlamperei noch empörende Verletzungen des Etatsrechts des Reichstags getreten sind, Verletzungen, bei denen es schwer ist, an die Unabsichtlichkeit zu glauben. Der Reichsverbands-general und jetzige Reichstagsabg. v. Liebert scheint in seiner Eigenschaft als ostafrikanischer Gouverneur vom Reichstage ungefähr so gedacht zu haben, wie der Janusshauer Didenburg — laut eigenem Geständnis — in seinen Leutnantsjahren. Die Kolonialverwaltung wußte zur Entschuldigung nichts weiter zu sagen, als daß die Schlamperereien um Jahre zurückliegen. — Von weit größerer sozialer Bedeutung ist der gesetzesverachtende Kapitalfeudalismus, den die Gruben- und Schlotbarone in den Bergwerkrevieren etabliert haben. Die Petition der Bergarbeiter gegen die Aussperrungen und die Überschichten gab den Genossen Hue, Sachse und Hengsbach Gelegenheit, mit schonungsloser Schärfe die Zustände zu geißeln, die Genosse Sachse mit Recht als faumäßig bezeichnete. Der Freisinnige Gothein, der Ultramontane Racken, der Christlich-soziale Behrens pflichteten unserer Kritik bei, und vergebens verlor die Stumm-Schwiegerjohn v. Schuber, Ergeneral seines Zeichens, in etwas kleintönigem Tone eine Art Mohrenwäsche. Selbstredend wurde in der Debatte der neuen schweren Grubenkatastrophe gedacht, deren Opfer alle Redner, wie schon zu Beginn der Sitzung der Präsident, ihr Beileid ausdrückten. Die moralische Niederlage der Bergoligarchen und der ihnen dienbaren Regierung (wie natürlich wieder einmal durch Abwesenheit glänzte) war so eklatant, daß nicht einmal die Rechte gegen die Überweisung der Petitionen zur Berücksichtigung zu stimmen wagte. Am Freitag stehen unsere und des Zentrums Interpellationen über Krise und Arbeitslosigkeit zur Beratung.

Was Bülow „glaubt“!

Die „Kreuz-Zeitung“ beruft sich auf die Äußerungen Bülows über den kaiserlichen Burenkriegsplan zum Beweise dafür, daß die Darstellung des im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Interviews eine völlig irreführende gewesen sei. Die Lesart von dem Kriegsplan falle „in das Kapitel der Mißverständnisse“. Wir müssen dieser bezweifelten oder unbewussten Täuschung der Öffentlichkeit denn doch energisch entgegenreten!

Bülows Erklärung lautete nach der „Kreuz-Zeitung“, die offenbar den stenographischen Bericht zitiert, folgendermaßen:

„Es handelt sich nicht um einen ausgearbeiteten, detaillierten Feldzugsplan, sondern um rein akademische Gedanken: sie waren ausdrücklich, wie ich glaube, als Aphorismen bezeichnet über die Kriegsführung im allgemeinen, die Se. Majestät der Kaiser in dem Briefwechsel mit der verewigten Königin Viktoria ausgesprochen hat. Es waren theoretische Betrachtungen ohne jede praktische Bedeutung für den Gang der Operationen und für den Ausgang des Krieges.“

Weiter erklärte Bülow, daß sowohl der Chef des Generalstabs, General v. Moitke, wie sein Vorgänger, Graf Schlieffen, erklärt hätten, daß der Generalstab niemals einen Feldzugsplan oder eine ähnliche auf den Burenkrieg bezügliche Arbeit des Kaisers geprüft oder nach England weitergegeben habe.

Diese letztere Feststellung des Fürsten Bülow war nicht neu. Bereits die „Militär. Pol. Korrespondenz“ hatte erklärt, daß die Leiter des Generalstabs mit einem Kriegsplan gegen die Buren nicht zu tun gehabt hätten. Dagegen, so versichert die „Militär. Pol. Korrespondenz“, halte man es „in militärisch gut unterrichteten Kreisen“ für sehr möglich, daß der General v. Mackensen oder der General v. Bessler, der zu jener Zeit Oberquartiermeister im Generalstabe war und oft zum Kaiser besohlen wurde, einen solchen kaiserlichen Entwurf begutachtet habe. Die betreffende Korrespondenz fügte noch folgende positive Mitteilung hinzu:

„General v. Bessler, jetzt Generalinspektor des Ingenieur- und Pionierkorps und der Festungen, hat auch in jenem Winter des Jahres 1900 mehrere Kriegsspiele geleitet, die auf dem damals allerdings noch ziemlich primitiven südafrikanischen Wege und Geländebekanntmaterial geleitet wurden und taktisch

liche kriegsmächtige Annahmen aus dem englischen Feldzug gegen die beiden Dänenrepubliken zur Grundlage hatten." Fürst Bülow hätte also auch die Mitteilungen über die Mitwirkung der Generale von Mackensen und von Beseler desavouieren müssen, wenn er den Eindruck der Wahrscheinlichkeit für seine Behauptung erwecken wollte, daß es sich um keinen Kriegspland, sondern nur um "rein akademische Gedanken", um "allgemeine Aphorismen" gehandelt habe. Im übrigen war ja der Reichskanzler selbst so vorsichtig, dieser Darstellung der Dinge ein "wie ich glaube" hinzuzufügen! Der Reichskanzler hat es also nicht für notwendig erachtet, sich eine genaue Kenntnis der Vorgänge zu verschaffen. Offenbar nur, um eine so harmlose Darstellung geben zu können!

Daß der Glaube des Reichskanzlers ein gutgläubiger Wahn ist, ergibt sich ja zu alledem aus den Aktenstücken selbst. Das Interview des "Daily Telegraph" sprach nicht nur von einem Kriegspland, der mit Hilfe der deutschen Generalität ausgearbeitet worden sei, sondern auch davon, daß dieser Plan eine große Ähnlichkeit mit dem gehabt habe, nach dem Feldmarschall Roberts bald darauf in Südafrika seine Aktionen eingerichtet habe! Und der Wortlaut dieses Interviews hat doch dem Kaiser selbst, also dem sachkundigsten Beurteiler selbst vorgelegen! Denn nach der Erklärung der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" war es ja der Kaiser selbst, der den Wortlaut des im "Daily Telegraph" veröffentlichten Interviews dem Fürsten Bülow zur Prüfung überließ. Natürlich nur zu einer Prüfung, der politischen Gefährlichkeit oder Ungesährlichkeit. Denn den tatsächlichen Inhalt konnte ja nur Wilhelm II. auf seine Richtigkeit hin kontrollieren, wie er ihn ja zweifellos auch geprüft und für richtig befunden hat! Dieser kaiserlichen Attestierung der Richtigkeit der Darstellung des Interviews gegenüber hat also das "Wie ich glaube"-Dementi Bülows auch nicht einmal das Gewicht einer Flaumfeder! Alle Versuche des Leugnens der wirklichen, wenn auch noch so peinlichen Tatsachen beweisen also nur das eine, daß man die Politik der plumphen Täuschung auch nach der letzten diplomatischen Katastrophe ungeniert fortzusetzen mag!

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat gestern in einer erneuten Besprechung über den Arbeitsplan für die nächste Zeit die früheren Beschlüsse in etwas abgeändert. Montag und Dienstag der kommenden Woche sollen sittingsfrei bleiben, ebenso natürlich der Samstag, der auf den Mittwoch fällt. Die erste Lesung der Finanzreform beginnt Donnerstag, 19. November und wird etwa 10 Tage in Anspruch nehmen. Der Etat soll dem Reichstage am 2. Dezember vorgelegt werden, und soll dann sofort die erste Lesung beginnen und mit der Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage verbunden werden. Am 11. Dezember würde der Reichstag in die Weihnachtsferien gehen.

Bülow und der Kaiser.

Die "Berliner Börsenzeitung" meldet in ihrer gestrigen Abendausgabe: "Die Erklärung des Reichskanzlers, der Kaiser werde in seinen Privatgesprächen angesichts der letzten Erfahrungen zurückhaltender sein, ist mit Wissen und Willen des Herrschers abgegeben worden." — Der Selbst ist willig, aber das Fleisch ist schwach!

Englische Presstimmen über die Bülowrede.

Die Londoner Morgenblätter vom Mittwoch widmen der Debatte im Reichstag große Aufmerksamkeit und berichten ausführlich darüber: "Der 'Daily Telegraph' weist die Behauptung des Reichskanzlers zurück, daß die Gespräche des Kaisers nicht in allen Einzelheiten richtig wiedergegeben worden seien. Die Redaktion habe dafür gesorgt, daß ein so wichtiges Dokument nicht in die Welt hinaus geschickt werde ohne die strengsten Bürgschaften dafür, daß der Kaiser die Veröffentlichung wünschte, und daß der Inhalt den Ansichten des Kaisers entspreche. Als Fürst Bülow gestern im Reichstage erklärte, im Bericht des 'Daily Telegraph' kämen Ungenauigkeiten vor, habe er wohl vergessen, daß das Dokument den amtlichen Erlaubnistempel (official imprimature) trug, als es von Deutschland in die Redaktion des 'Daily Telegraph' zurükkam. Merkwürdig sei auch die Behauptung des Fürsten Bülow, daß der Kaiser keinen Feldzugsplan gegen die Dänen ausgearbeitet habe, sondern nur 'Aphorismen'. Das Blatt fragt: 'Wie stimmt diese Angabe des Reichskanzlers mit der Erklärung überein, daß die Beamten des Auswärtigen Amtes den Bericht auf seine historische Richtigkeit geprüft haben?' Die 'Morning Post' bemerkt: Fürst Bülow sagte, der deutsche Kaiser habe seit 20 Jahren versucht, freundschaftliche Beziehungen zwischen England und Deutschland zu fördern. Merkwürdig sei es, daß diese 20jährigen Versuche niemals dem englischen oder dem deutschen Publikum bekannt geworden sind! Das englische auswärtige Amt wisse natürlich nichts von diesen Versuchen."

Der "Standard" bemerkt, die Behauptungen des Reichskanzlers, die deutsche Flotte sei nicht für den jenseitigen Ozean bestimmt, werde viele Engländer überzeugen, daß die deutsche Flotte eben für die Nordsee, und zwar ausschließlich für die Nordsee bestimmt sei. Mit Bezug auf die Wirkung der Debatte auf die inneren Zustände in Deutschland erblicken die englischen Zeitungen der Reichstagsdebatte keine Anzeichen einer Änderung der Verhältnisse, über die das ganze deutsche Volk geklagt habe. Der "Standard" bemerkt, die Sitzung des Reichstages sei interessant gewesen, weil sie die Ohnmacht des Parlamentes bloßgelegt habe gegenüber einem energischen Kaiser und einem Kanzler, der entschlossen ist, den Kaiser zu unterstützen. Es bleibe alles beim Alten.

Die Landtags-Wahlen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Am 26. November finden in Schwarzburg-Rudolstadt die Landtagswahlen statt. Man wird ihnen mit Spannung

folgen dürfen, denn gerade im Rudolstädter Landtage hing seit mehreren Legislaturperioden die Majorität der bürgerlichen Parteien an einem Faden. Schon bei den Wahlen im Jahre 1902 fielen uns von den gesamten Mandaten (16), darunter 4 Abgeordnete der Höchstbesteuerten 7 zu, und bei der Wahl im Jahre 1905 wurden 8 Sozialdemokraten und 8 Bürgerliche gewählt. Die Annahme, daß bei dieser Zusammenfassung des Landtages dem letzteren keine lange Lebensdauer beschieden sein werde, traf ein. Als der Landtag die beantragte Erhöhung der Apanlage des Fürsten von 268 000 Mk. auf 300 000 Mk. ablehnte, erfolgte die Auflösung und bei der Neuwahl im Jahre 1906 glückte es den Gegnern unter skrupelloser Anwendung der traurigsten Mittel, uns wieder ein Mandat abzunehmen, sodaß im letzten Landtag wieder 7 Parteigenossen und 9 Bürgerliche saßen. Die Machtverhältnisse lagen also für die Bürgerlichen immer kritisch, und nur dem Umstande, daß wir bei der Wahl der 4 Abgeordneten der Höchstbesteuertenklasse keinen Einfluß hatten, hatten sie ihre Majorität zu verdanken. Unsere Genossen haben schon früher in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt und durch eine Reihe von Versammlungen den Wahlkampf eröffnet.

Syndow's Schutztruppe.

Dem "Berliner Tageblatt" ist ein streng vertrauliches Zirkular zugegangen, datiert aus Berlin W., Potsdamer Straße 124, folgenden Wortlauts:

Em. Hochwohlgeboren beehren wir uns sehr ergebenst davon in Kenntnis zu setzen, daß sich die in der Anlage genannten Herren zu einer "Bereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform" zusammengeschlossen haben. Darüber ausführlich zu sprechen, daß die Regelung der Finanzen zu einer Lebensfrage für das Reich geworden ist, dürfte Ihnen persönlich gegenüber nicht angebracht sein. Dagegen ist diese Erkenntnis durchaus noch nicht Gemeingut weiter Volkstheorie, ja, wie wir zu unserm Erstaunen erfahren mußten, nicht einmal eines anscheinlichen Teils aller Gebildeten geworden. Dagegen liegt die Gefahr einer ungünstigen Rückwirkung auf Regierung und Reichstag in dem Sinne, daß jene mit der Erreichung unzulänglicher Mittel sich zufriedengeben, daß andererseits die Reichstagsabgeordneten mehr Rücksicht auf die Sonderinteressen der einzelnen Wahlkreise oder auf Parteiströmungen nehmen, als mit der Lage tatsächlich vereinbar ist. Der gegenwärtigen Kritik ist seit dem Beitritt des Reichs keine andre an Bedeutung gleich gekommen. Die unglücklichen Ereignisse der allerjüngsten Zeit haben die finanzielle Verengtheit des Reichs aus der bisherigen "unangenehmen Notlage" nunmehr geradezu zu einer "unmittelbaren Gefahr" herausgehoben. Dieser zu begegnen, ist es notwendig, den klaren Willen aller reichstreuenden Männer auf Sicherung des Reichs laut und öffentlich zum Ausdruck zu bringen; zugleich aber müssen durch die Wucht solcher Forderungen die verantwortlichen Männer über alle Bedenken und Hemmnisse hinweggehoben werden, um ein Werk von wirklich dauerndem Wert zustande kommen zu lassen.

Dazu gehört aber vor allem Aufklärung. In einer solchen beabsichtigen wir, in Schrift und Wort mitzuarbeiten. Bereits sind in einigen Städten (z. B. Greifswald, Potsdam, Giesleben und Berlin am 6. November) in großen, öffentlichen Versammlungen Kundgebungen veranstaltet worden, die eine energische und gründliche Durchführung der Finanzregelung fordern.

Wir halten es für äußerst wünschenswert und notwendig, daß auch in Ihrem Wohnort eine kraftvolle Willenserklärung der Bürgerschaft in irgend einer Art zustande kommt, und fragen deshalb sehr ergebenst an, ob Sie sich der vaterländischen Aufgabe unterziehen und zu diesem Zweck einen Kreis von Männern versammeln würden, die eine große, öffentliche Versammlung in die Wege zu leiten vermöchten.

Unter diesem Rundschreiben stehen u. a. die Namen der Reichsverbändler v. Böhlendorf-Kolpin, Görke-Brandenburg, Generalleutnant Siemens, Geschäftsführer Dr. Bodenchen, Generalleutnant Liebert, Dr. Liman, v. Pöbbeck, v. Dirksen usw.

Außerdem haben noch unterzeichnet, eine Anzahl Abgeordnete, Professoren, Regierungsräte usw.

Herr Syndow scheint demnach die Agitation für seine Steuervorlagen dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie übertragen zu haben. Es wäre interessant, zu erfahren, was er für diese Tätigkeit des Reichsverbandes bezahlen muß.

Luxemburg.

Ein dispositionsunfähiger Herrscher von Gottes Gnaden. Staatsminister Eschen teilte in der Kammer Sitzung mit, daß nach ärztlicher Feststellung die Kräfte des auf Schloß Hohenburg weilenden Großherzogs so weit geschwunden sind, daß er dispositionsunfähig geworden ist. Nach der Verfassung müsse eine Regentschaft eingesetzt werden. Die Großherzogin-Mutter lehne die Regentschaft ab, dagegen erklärte die jetzige Großherzogin, die Regentschaft übernehmen zu wollen. Die Kammer wird sich auch noch mit der Angelegenheit beschäftigen. — Luxemburg ist also ein Land, wo Unzurechnungsfähigkeit des Monarchen ein Grund zum Nichtregieren ist!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 18. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grügelmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Echorn ist seitens der Zahlstelle Stoßelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburg Allee Nr. 51, Fabs, Weckenstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Hünshäuser Nr. 21—23, Grügelmühle in der Hafenstraße, Sielbau Markt, Kalthof bei Schwarztau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Seidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Fabs im Hünshäuser und über den Bau Hafenstraße (Grügelmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Sie wollen nicht mehr zahlen! Als im Jahre 1904 die vereinigten bürgerlichen Parteien ihre Rechtsauskunftsstelle zur Bekämpfung der aufgeklärten Arbeiterschaft Lübecks

zu gründen beabsichtigten, da tat man zunächst so, als ob man auch die Kosten dafür tragen wollte. So bewilligte beispielsweise der Vaterstädtische Verein auf fünf Jahre die Kassen summe von 100 Mk. jährlich und ähnlich freigebig setzten sich die übrigen bürgerlichen Parteien, da nach Ansicht des Staatsanwalts Dr. Benda die Auskunftsstelle ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für die bürgerlichen Parteien sei. Nun war für jeden einsichtigen Menschen von vornherein klar, daß ein Institut, welches sich als Aufgabegeld u. a. die Untergrabung des Arbeitersekretariats gesteckt hatte, nicht mit wenigen hundert oder ein paar tausend Mark jährlich unterhalten werden kann. Das mußten auch die Gründer der Rechtsauskunftsstelle einsehen, wenn man den zweifellos ganz genau, aber deshalb machten sie sich keine Sorgen. Es gibt ja einen Steuerfädel, aus dem sich für derartige Zwecke leicht etwas bewilligen läßt, wenn man den nötigen Einfluß besitzt. Und einflussreich sind die Gründer der Rechtsauskunftsstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie; das muß ihnen der Reiz lassen. Meistens sind es Mitglieder der Bürgerschaft. Natürlich erstklassige. Nachdem die Kosten der sog. Rechtsauskunftsstelle eine kurze Zeitlang von den armen bürgerlichen Parteien getragen worden waren, wurde den Leuten mit dem großen Geldsack das Zahlen bald über. Sie bürdeten einen großen Teil der Lasten durch ihren Bürgerausschuß den Steuerzahlern — selbstverständlich inkl. der gehörigen Sozialdemokraten — auf. Man zahlte aber immerhin noch eine Kleinigkeit. Nunmehr scheint der liberale Parteisekretär Ruhn mit dem Rest der Gelder für die Rechtsauskunftsstelle durch die Latten gegangen zu sein, denn im Wahlverein der Liberalen wurde mitgeteilt, daß die Rechtsauskunftsstelle verstaatlicht werden soll. Durch den Austritt des Wahlvereins aus der Rechtsauskunftsstelle sei hierzu der Weg ebnen worden. Mit anderen Worten: Die vereinigten bürgerlichen Parteien erklären sich für unfähig, ein von ihnen zur Bekämpfung weiter Volkstheorie begründetes Institut aus ihren eigenen Mitteln erhalten zu können. Das ist wieder ein Beweis dafür, wie weit ihr sogenannter Patriotismus geht: Nur bis zum Geldbeutel. Nun soll Vater Staat wiederum helfen. Und er wird es; denn die seine Hilfe begehren, sind seine Schockinder. Wie ganz anders steht demgegenüber die organisierte Arbeiterchaft Lübeck da. Obwohl sie selbst schon rings um eine menschenwürdige Lebenshaltung, hat sie noch niemals gezögert, aus ihrer eigenen Tasche die Mittel für die von ihr geschaffenen Einrichtungen zu zahlen. Und sie ist stolz darauf, von niemandens Wohlwollen oder Subvention abhängig zu sein. Das Bürgertum ist es allerdings gewohnt, aus der Staatskassette zu essen. Die Beschichte der sogenannten Rechtsauskunftsstelle in Lübeck bildet ein interessantes und lehrreiches Kapitel über die Opferwilligkeit der bürgerlichen Parteien.

Im Wahlverein der Liberalen wurde die Mitteilung gemacht, daß der Sekretär Ruhn 468,68 Mk. unterzahlt hat. Die Mittelliebzahl soll 900 betragen. Weiter wurde hervorgehoben, daß nunmehr 10 entlassenen liberale Abgeordnete in der Bürgerschaft sitzen. Wer Gelegenheit hat, den Verhandlungen der Bürgerschaft beizuwohnen, der wird darüber erstaunt sein müssen; wo sind denn die meisten dieser Leute, wenn es gilt, in der Bürgerschaft liberale Gefinnung zu betätigen?

Versammlung der Brauereiarbeiter. Am Sonntag, den 8. November tagte eine gutbesuchte Versammlung des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter. Die Abrechnung vom Eröffnungsjahr wies einen guten Überschuss auf, von dem der Genossenschaftsbibliothek 20 Mk. und zwei bedürftigen Kollegen 50 Mk. überwiesen wurden. Die Angelegenheit der Schloßbrauerei-Niederlage wurde vorläufig für erledigt erklärt, jedoch soll streng darauf geachtet werden, daß das Versprochene gehalten wird. Die Angelegenheit der Grevesmühlener Malzfabrik wurde lebhaft diskutiert. Nachdem der Direktor Müller eine schriftliche Erklärung abgegeben hatte, von der nur noch Arbeitskräfte aus der Reihe der Ausständigen zu nehmen, wurde die Sperre über das Malz aufgehoben. Wegen der Braufsteuer wird am Vorknachmittag 3 1/2 Uhr eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung protestieren; in dieser Versammlung darf kein in der Brauerei Beschäftigter fehlen. Die Verhältnisse auf der neuen Vereinsbrauerei riefen eine erregte Debatte hervor. Wir nehmen vorläufig Abstand, hier näher darauf einzugehen. Um allen Anfragen Rechnung zu tragen, ob mit der Vereinsbrauerei ein Tarif abgeschlossen ist, erklärt die Versammlung, daß bis jetzt noch kein Tarif abgeschlossen, da eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Nachdem noch einige Aufnahmen erfolgten, wurde die Versammlung geschlossen mit der Aufforderung, am 18. alle zum Proteste zu erscheinen.

Vom Dampfer "Kritik". In der neuesten Nummer des Verbandsorgans der Seeleute ist folgender Bericht aus Lübeck enthalten: Wir erhalten von der Mannschaft des Dampfers "Kritik", Kapl. Anderlen, einen längeren Bericht, der den Kapitän als "fürsorglichen Menschenfreund" in einem recht eigenartigen Licht erscheinen läßt. Der Matrose B. stand auf der Reife nach Lübeck auf der Bock Auszug. Da das Schiff vorn viel Wasser übernahm, verließ B. den Ausgucksposten auf der Bock und postierte sich vorn hinter der Bock auf der Decksfl. aber so, daß er hinreichend seine Funktionen als Ausgucksmann verrichten konnte. Das pagte nun aber dem auf der Brücke stehenden Kapitän Anderlen nicht und er gab B. den Befehl, sich wieder auf der Bock zu postieren. Was kümmerte es ihn, daß das Schiff mächtig Wasser übernahm und das Leben des Ausgucksmannes stark gefährdet war. Der Matrose B. erhob beim Lübecker Seemannsamt gegen Kapitän Anderlen Strafantrag wegen Mißbrauch seiner Disziplinar-gewalt bezw. Dienstgewalt. Vor dem Seemannsamt erklärte der Kapitän ungeniert, daß das Schiff auf der be-reitenden Wache gar kein Wasser übergenommen habe. Im Journal befand sich aber ein Vermerk darüber, daß öfter schwere Seen übergenommen seien. B. machte ohne Erfolg auf diese Eintragung aufmerksam. Auch wies er ohne Erfolg darauf hin, daß die L. se Ketten- und Stangentrecking unmöglich bei so schwerem Wetter auf der Bock dem Ausgucksmann hinreichenden Schutz und Halt gewähre. Er habe sich kaum halten können. In jeder Beziehung war sein Leben der allergrößten Gefahr ausgesetzt. Doch was kümmerte das die Leute, die in Sicherheit sind und kein Interesse an einem Seemannsleben haben. Es gibt so viele Groggkräfte für — billiges Geld. Der Steuer-mann war ein sonst sehr hochfahrender Herr, ließ sich aber doch herbei die gelbe Peltisdrift "Seefahrer", sein Leib- und Magenblättchen, an die Mannschaft zu verteilen. Natürlich wurde er ausgelacht, denn in Lübeck hat man kein Bedürfnis und Verlangen nach dieser Prechtloake.

b. Taichen zu! Je näher wir dem sogenannten Christen-feste rücken, desto eifriger sind verdienens Agenten tätig, um allerhand Waren loszuwerden oder Verteilungen auf solche bei den Hausfrauen in Abwesenheit der Männer herauszulocken. Eine Berliner Firma z. B. ließ durch Reklende vor Jahresfrist Photographien einmammeln, nach denen kostenlos Emaill-Bilder, zu Broschen zc. passend, angefertigt wurden. Der Grund war natürlich nicht, den Leuten ohne

Anlaß oder aus Nächstenliebe ein Geschenk zu machen, denn kein Fabrikant arbeitet pour le roi de prusse, sondern der Zweck des Unternehmens war ein Geschäft im kleinen und Profit im großen. Mit dem kleinen Bildchen ist absolut nichts anzufangen; der Fabrikant jedoch hat seine Reisenden mit den nötigen Einfassungen ausgestattet und nun wird auf die Hausfrau so lange eingeredet, bis sie durch Unterschrift sich verpflichtet, das Ganze abzunehmen. Es ist in 90 von 100 Fällen dagegen zu wetten, daß die Bestellung nicht gemacht worden wäre, wenn die Frau das Bild nicht hätte zuvor „gratis“ anfertigen lassen. Die „Gratisanfertigung“ scheint aber jetzt auch bei denen bezahlt zu werden müssen, die bisher standhaft genug waren, dem überprüfenden Redestrom der Reisenden standzuhalten. Der Reisende legt nun nach seinen Versicherungen von der „kostenlosen“ Herstellung des Bildes einen Schein vor, nach dem für die Zustellung 30 Pfg. zu bezahlen sind, für jeden Renner der modernen Fabrikationsweise ist es jedoch auf den ersten Blick klar, daß mit den 30 Pfg. die Herstellung des Bildes doppelt bezahlt ist. Es ist dies nur eine beschönigende Umschreibung der „Selbstkosten einschließlich des Verdienstes“ und nimmt sich ebenso aus als wenn einer sagt: Der Eintritt kostet nichts, aber für das einfache Programm muß 25 Pfg. bezahlt werden. Trotzdem diese 30 Pfg. für die „Zustellung“, die selbstverständlich durch den Reisenden in der wiederholten Ansicht geschieht, die Frau endlich kirre zu machen, auf dem Schein vorgegedruckt sind, verlangte ein Reisender gestern aus dem Grunde, weil die Frau eine Bestellung ablehnte, für das Bild 1 Mk. und erst als der ganze Kram abgelehnt und der Reisende auf den Widerspruch energisch aufmerksam gemacht war, ließ der Mann es bei den 30 Pfg. belanden. Wo, aufgepaßt, Taschen zu, und vor allem nie und nirgends etwas unterschreiben, ehe die Sache mit dem Manne besprochen und reiflich überlegt worden ist.

Ein umfangreicher Prozeß beschäftigt seit gestern die hiesige zweite Strafkammer. Angeklagt ist der Zivilingenieur Emil Haase, dem zwanzig Betrugsfälle, die eine Gesamtsumme von 5 638 Mk. umfassen, zur Last gelegt werden. Die Geschädigten sind Leute, welche Erfindungen gemacht haben. Geschädigt wurde das Vermögen 1. des Redakteurs Knie und Kaufmanns Linmarz um 680 Mk., 2. des Redakteurs Knie und Kaufmanns Rath um 90 Mk. und 450 Mk., 3. des Goldschmieds Creuffeld um 70 Mk., 4. des Hofpächters Guhl um 85 Mk., 5. des Eisenbahnbeamten a. D. Schmilz um 99 Mk., 6. des Glockengießers Ohlson und Kaufmanns Schröder um etwa 1100 Mk., 7. des Maschinenbauers Wollast um 300 Mk., 8. des Architekten Runau um etwa 1000 Mk., 9. des Werkmeisters Vork um 500 Mk., 10. des Kaufmanns Büschken um 70 Mk., 11. des Buchhalters Horkmann um 52,50 Mk., 12. des Kaufmanns Borgwaldt um 60 Mk., 13. des Kaufm. Kayser um 80 Mk., 14. des Schmiedegesellen Diehn um 60 Mk., 15. des Fahrradhändlers Meyer um 60 Mk., 16. des Barbiers Karberg um 60 Mk., 17. des Ingenieurs van Grootbeck um etwa 85 Mk., 18. des Telegraphenarbeiters Haeggenit und des Obertelegraphenassistenten Smeddink um 70 Mk., 19. des Geschäftsführers Kamperin um etwa 95 Mk. und 20. des Gelbbäufers Penck um 60 Mk. Die Verhandlungen werden voraussichtlich heute beendet.

Keine Masse. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fischers Erich Franz Christian Hermann Mwardt in Lübeck ist durch Beschluß vom 19. Oktober 1905 eingestellt, nachdem sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

Die verfrachtete **Smilse von Nömus**, die verschiedene Monate lang still lag, ist nunmehr von einer in Lübeck gegründeten Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 1 1/2 Millionen Mark übernommen worden. Wann die Fabrik in Betrieb gesetzt werden soll, wird noch nicht gemeldet.

Die diesjährigen **Herbst-Kontrollversammlungen** finden in Lübeck im Restaurant Bockenhof (Burgfeld) statt am Sonnabend, den 14. November, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1905. 6) Am Sonnabend, den 14. November, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1906 und 1907 sowie sämtliche zur Disposition der Erlasbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie, ferner diejenigen Mannschaften der Infanterie der Jahresklasse 1906, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1896 eingetreten sind.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Schweizer aus Gullen, Kreis Wieseritz, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen schwerer Urkundenfälschung (Rechtbrieflich

verfolgt wird. — Ein auswärtiger Händler, der am 12. d. Mts. abends über die gesellschaftlich festgelegte Ladenschlußzeit hinaus in Wirtschaften mit Postkarten handelte, wurde festgenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend, findet die **Premiere** des sensationellen Operettenschlagers **„Ein Walzertraum“** von Oscar Strauß statt. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Fürst Joachim XIII. — Herr Fuchs; Prinzessin Helene — Frä. Bartisch; Leutnant Alti — Herr Haas; Franz Steingruber — Frä. Alwin. Die Inszenierung des Wertes liegt in Händen des Herrn Oberregisseur Fuchs; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Wilken. — Am Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr geht zu ermäßigten Preisen (Parkett 1,75 Mk. und 1,50 Mk., Stuhlgänge 80 Pfg.) die amerikanische Komödie **„Volkenräger“** von Kähler und Heller zum letzten Male in Szene. — Sonntag abends 7 1/2 Uhr wird die Operetten-Novität **„Ein Walzertraum“** wiederholt.

Stadthallen-Theater. Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt der überaus komische Schwank **„Charles Tante“** von Brandon Thomas, vielseitigen Witschen entsprechend zu nochmaligen Aufführung.

Schlutup. Eine öffentliche Volksversammlung findet morgen Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Post statt. Reichstagsabgeordneter **L. h. Schwarz-Lübeck** wird über **„Die politische Lage und 500 Millionen Mk. neue Steuern“** sprechen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß in dieser Versammlung erscheinen.

Secrez. Eine Volksversammlung, die sich mit dem persönlichen Regiment, den geplanten neuen Steuern und der Gemeinderatswahl beschäftigen wird, findet hier am kommenden Sonntag, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Frähme statt. — In Ratkau wird am gleichen Tage um 4 1/2 Uhr nachmittags im Lokale der Frau Kopp dieselbe Angelegenheit in einer öffentlichen Volksversammlung behandelt. Referent in beiden Versammlungen ist Genosse Stelling-Lübeck. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um die Genossinnen und Genossen zur regen Propaganda für diese Versammlungen zu veranlassen.

Hamburg. Zwanzig öffentliche Versammlungen mit der Tagesordnung: Reichsverfassung, Absolutismus und Reichsfinanzreform, taugen Donnerstag abend in Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend. Der starke Besuch der Versammlung bewies das große Interesse der Bevölkerung an der gegenwärtigen politischen Situation im Deutschen Reich. Überall wurde den den Zielakturs, das persönliche Regiment und die Finanzwirtschaft scharf kritisierenden sozialdemokratischen Rednern stürmische Zustimmung zuteil. Die Versammlungen endeten mit der meist einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die am 12. November 1905 abgehaltene Volksversammlung erklärt: Die zerklehrene, widersprüchsvolle Politik der deutschen Regierung ist eine Quelle fortwährender Beunruhigung, eine stete Gefahr für den Weltfrieden und durch ihre Unzuverlässigkeit ein Gegenstand des Hohmes aller Völker.“

Ein Ausfluß des Absolutismus, ist sie nur möglich dadurch, daß die kapitalistischen Klassen auf eine freiheitliche Ausgestaltung des Staatswesens verzichten, gegen Gewährung unbeschränkter Freiheit in der wirtschaftlichen Ausbeutung des Volkes.

Parallel mit der planlosen, nur zu fortwährend sich wiederholenden Blamagen und Störungen des guten Einvernehmens mit anderen Völkern führenden Weltpolitik läßt die unangesezte Steigerung der kriegerischen Rüstungen zu Land und zu Wasser, die wiederum zur stetigen Vermehrung der ohnehin erdrückenden Belastung des arbeitenden Volkes führt.

Die ungeheure Schuldenlast des Reiches, eine Folge des Militarismus und Marinismus, hat zu dem Tragpiel der sogenannten Finanzreform geführt, die im Kern nichts anderes bedeutet, als neue ungerechte Steuern, die in der Hauptsache das arbeitende Volk belasten.

Die sogenannte Finanzreform ist aber außerdem darauf berechnet, das Budgetrecht des Reichstages weiter zu beschränken und so dem persönlichen Regiment noch mehr Spielraum zu verschaffen.

Aus diesen Gründen fordern wir die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages auf, bei jedem sich bietenden Anlaß die Unfähigkeit und Gefährlichkeit des heutigen Regierungssystems vor aller Welt darzulegen und namens des Volkes jede Verantwortlichkeit dafür abzulehnen; weiter verlangen wir von der sozialdemokratischen Fraktion,

daß sie mit allen Mitteln die Verwirklichung der neuen Finanzpläne zu verhindern trachte.

Überzeugt von der Notwendigkeit der Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms, werden wir mit und in der sozialdemokratischen Partei den Kampf führen gegen den Klassenstaat, gegen Absolutismus, gegen Ausbeutung, für den freien Volksstaat.“

Auch in der Hamburger Bürgerschaft ist eine Kundgebung gegen das persönliche Regiment geplant.

Neumünster. Bei der Wahl zweier Stadtverordneten für die nach Ablauf ihrer Wahlperiode auslaufenden Stadtverordneten Kaufmann Hauschild und Kürschnermeister Jörk wurden abgegeben: 768 Stimmen für Hauschild, 1025 für Jörk, 388 für Fabrikant G. Mehtorf, 531 für den Ortstrankenfassenvorstand Gageborn (SD.), 518 für Kolporteur Jörk (SD.). Die abgehenden Stadtverordneten sind also wiedergewählt. Die Wahlbeteiligung war rege, da etwa die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hat.

Nieburg. Ein tödlicher Unfall ereignete sich Mittwoch vormittag im Betriebe der Altdagschen Schlosserei. Der 17jährige Lehrling Meyer war in einem an die Werkstätte grenzenden Schuppen an einer mit Hebelvorrichtung versehenen Fleischschneidemaschine tätig. Hierbei ist die neun Zentner schwere Maschine, die auf einem Block stand, vermurkt durch den Hebeldruck, heruntergestürzt und dem Meyer auf die Brust gefallen. Nach einiger Zeit wurde der Verunglückte tot unter der Maschine gefunden.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Donnerstag, 12. November.

- D. Najaden, Kap. Stenfelt, von Kopenhagen in 18 St.
- Embla, Kap. Melander, von Gothenburg in 2 T.
- D. Dora, Kap. Beth, von Memel in 66 St.
- Apollo, Kap. Giström, von Rostock in 1 T.
- D. Fehmarn, Kap. Schacht, von Fehmarn in 3 1/2 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Donnerstag, 12. November.

- D. Malmö, Kap. Jossin, nach Kopenhagen.
- D. Seeabler, Kap. Nems, nach Wismar.
- D. Germania, Kap. Dellgreen, nach Linham.
- D. Buffard, Kap. Nachweh, nach St. Petersburg.
- Dor., Kap. Fredrikson, nach Wisby.
- D. Meta, Kap. Ehler, nach Fehmarn.
- D. Storfurten, Kap. Faovrit, nach Helsingfors.
- Carl Albert, Kap. Oten, nach Stettin.

Schiffsbewegung.

D. „Waja“ ist Mittwoch abend von Räsö auf hier abgegangen.

D. „Svea“ ist Mittwoch abend von Kramfors auf hier abgegangen.

D. „Trave“ ist Donnerstag früh in Reval angekommen.

D. „Liffce“ ist Mittwoch vormittag von Herrenvög in Furillen angekommen.

D. „Emma Winlos“ ist Donnerstag vormittag von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. „Zar“ ist Donnerstag vormittag von Kronstadt auf hier abgegangen.

D. „Africa“ ist Donnerstag mittag in Wiborg angekommen.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt

12. November.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut.

Zugeführt wurden 1081 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandsschweine schwere 66—67 Mk., leichte 67—67 1/2 Mk., Sauen 58—64 Mk., Ferkel 64—65 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“, und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. h. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

Grosse Auswahl
in
Freischnigern u.
Weckuhren.
Taschenuhren
in Gold und Silber.
Reparatur-
Werkstatt.
Verkauf u. Reparatur
unter Garantie.
Georg Reese,
Uhrmacher
Hörstraße 22/24.

In grosser Auswahl vorrätig
Herren-Paletots von 14 bis 42 Mk.
H.-Loden-Joppen m. Futter v. 3—22 Mk.
Für Knaben:
Anzüge, Pyjacks und Joppen.
Sämtliche Arbeiter-Garderoben.
F. Jürgensen
Ecke Fackenburg u. Schwart. Allee
Eingang Schwartauer Allee.
Rote Rabattmarken.

Sonnabend, und Sonntag
steht ein großer Transport
Kerfel zum Verkauf.
Krögers Gasthof, Schwartau

Beschleunigter Räumungs-Ausverkauf

des

Schuhwaren-Lagers

der Nachlassmasse von

Hugo Haendler, Lübeck, Breitestr. 95

Ausser den bisher angebotenen Serien:

Herren-Zugstiefel 4⁹⁰ Mk. 6⁹⁰ Mk. **Herren-Lack-Tanzschuhe 5⁹⁰ Mk.**

Damen-Knopfstiefel 3³⁰ Mk. 4⁶⁵ Mk. 5⁸⁰ Mk.

jetzt folgende Spezial-Offerte:

Damen-Ballschuhe

— Spangenschuhe —

in Prima Kalblack und feineren Ledersorten

sonst bis 8.50 Mk.

jetzt jedes Paar nur

3⁴⁵ Mk.

und Schuhwaren jeder Art bis zu den feinsten zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck Holstenstr.

Um unsere Kunden zeitiger für den Weihnachts-Verkauf zu interessieren, verabfolgen wir bis auf weiteres als Gratifikation für den Weihnachtstisch geeignete Präsente.

Demnach erhält jeder Kunde von Sonnabend den 14. bis Sonnabend den 21. November

Gratis

Beim Einkauf für 1 Mk.	Eine zierliche Blumenvase mit Goldbronce-Dekor Ein eleg. Metall-Gürtelschloss Ein Fantasie-Krawattenband für Damen.	oder oder
Beim Einkauf für 2 Mk.	Eine Jugendpost in natürlicher Darstellung Einen Federkasten mit bemaltem Deckel Einen modernen Roman.	oder oder
Beim Einkauf für 3 Mk.	Eine Vorratstonne mit Aufschrift 2 Musikstücke <small>der berühmten Allegro-Sammlung</small> nach Wahl Eine Damen-Armkette mit Medaillon in Alpaccasilber.	oder oder
Beim Einkauf für 4 Mk.	Eine grosse Büchse Mirabellen oder andere Früchte Ein eleg. Taschenschreibzeug vernickelt Einen mod. Photographie-Rahmen mit Patina-Imitation.	oder oder
Beim Einkauf für 5 Mk.	Eine Pelz-Stola, 120 cm lang Eine elegante Briefftasche Einen breit. seid. Selbstbinder in herrlicher Farben-Auswahl.	oder oder
Beim Einkauf für 7 Mk.	Eine Wirtschaftsschürze mit Volant Ein Opernglas Ein elegantes seid. Toilettkissen mit Seidenstickerei u. Volant.	oder oder
Beim Einkauf für 10 Mk.	Eine Flasche Kognak nach französischer Art Eine Wanduhr mit Lincrusta-Zifferblatt Eine naturfarbige Schlafdecke mit bunter Bordüre.	oder oder
Beim Einkauf für 15 Mk.	Eine Fell-Vorlage Eine Filztuch-Tischdecke mit Stickerei Einen Velour-Unterrock mit Volant.	oder oder
Beim Einkauf für 20 Mk.	Einen eleganten Lincrusta-Papierkorb Ein apartes Sammet-Sofa-Kissen mit Satin-Volant Einen chic garnierten Damen-Winterhut.	oder oder

Die Geschenke sind in der II. Etage des Geschäftshauses ausgestellt und werden bei Vorlage der gestempelten Kassenzettel verabfolgt!

Einkäufe in unserer Lebensmittel-Abteilung kommen für die Gratifikationen nicht in Betracht.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 12. Novbr. 1908.

160. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Präsident Graf Stolberg: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich denjenigen, denen es noch nicht bekannt sein sollte, mitteilen, daß eine schwere Grubenkatastrophe in westfälischen Bergwerken stattgefunden hat. Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich schon jetzt sage, daß der Reichstag das aufrichtigste Mitleid mit allen denjenigen hat, welche durch diese Katastrophe geschädigt worden sind. (Lebh. Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Carolinen, Salomonsen und Marianen, sowie des Schutzgebietes Samoa auf das Rechnungsjahr 1900.

Erzberger (Z.): Vor 4½ Jahren hat der Reichstag eine schnellere Erledigung der Rechnungssachen verlangt, und jetzt bekommen wir nach acht Jahren die Rechnungen für die Schutzgebiete. Wir müssen auf einer schnelleren Erledigung bestehen. Materieel ist ebenfalls die Rechnungsführung zu beanstanden. Beamte, welche Berlin niemals verlassen haben, werden aus dem Etat der Schutzgebiete bezahlt. Dann sollte man lieber der Regierung ein Pauschquantum statt eines ausgearbeiteten Staats überweisen. Die Hunderttausend Mark, welche zur Unterstützung von Annehmern in Südwestafrika vor acht Jahren bewilligt sind, sind ausgegeben, ohne daß, wie der Rechnungshof rügt, notwendige Nachweise und Belege für diese Ausgaben vorhanden sind. Wir können uns mit solcher nachträglichen Rüge des Rechnungshofes nicht zufrieden geben, sondern müssen energisch verlangen, daß gegen die schuldigen Beamten disziplinarisch eingeschritten wird, und ebenso müssen wir verlangen, daß sie zivilrechtlich haftbar gemacht werden für diejenigen Beträge, die ohne Quittungen verausgabt sind. (Zust. im Zentrum und links.)

Ministerialdirektor Dr. Konz: Auf die Einzelfälle des Herrn Vorredners kann ich hier nicht eingehen. Das kann nur in der Rechnungskommission geschehen. Dort wird auch zu prüfen sein, ob im Wege eines Disziplinarverfahrens oder zivilrechtlicher Regressanspruch gegen einen etwa schuldigen Beamten vorgegangen ist. Für übrigen stelle ich fest, daß in neuerer Zeit die Rechnungslegung der Kolonialverwaltung wesentlich beschleunigt worden ist.

Noske (SD.): Die letzte Feststellung des Herrn Vorredners erbindet uns nicht von der Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, mit wie unerhörter Nachlässigkeit von der Kolonialverwaltung gearbeitet worden ist. Entschieden muß dem widersprochen werden, daß die Gouverneure und Kolonien zu der Auffassung berechtigt seien, die vom Reichstag bewilligten Gelder stellen eine Art von Pauschquantum dar. Wenn das der Fall wäre, hätte der Reichstag nicht einen spezialisierten Etat ausgearbeitet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein unverantwortlicher Skandal ist es, daß jahrelang in Berlin Kolonialbeamte gesehen haben und ruhig ihre hohen afrikanischen Bezüge weiter in die Tasche gesteckt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Tatsachen, die vom Rechnungshof gerügt sind, erinnern uns an die Zeiten der aller schlimmsten Kolonialschanderei. In Südwestafrika scheint man es nicht für notwendig gehalten zu haben, die allereinfachsten Regeln einer geordneten Rechnungsführung zu beachten. Im vorigen Jahre wurde uns in der Budgetkommission mitgeteilt, daß für Millionen der in Südwestafrika verausgabten Summen nicht nachzuweisen ist, wo das Geld geblieben ist. Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß in Ostafrika Hunderttausende von Mark verausgabt worden sind, trotzdem sie der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hatte. Der Gouverneur hat einfach unbekümmert um die Beschlüsse des Reichstags die Summen ausgegeben, und es ist zweifellos für uns von Interesse, festzustellen, daß der damalige Gouverneur unser jetzige Kollege v. Liebert ist. (Hört, hört!)

b. d. Soz.) Wie haben ja wiederholt das zweifelhafte Vergnügen gehabt, Herrn Liebert sich hier als Kolonialfachverständigen aufspielen zu sehen. Diese Feststellungen sind jedenfalls geeignet, die Sachverständigkeit und die ganze Amtsführung des Gouverneurs Liebert in einem außerordentlich bezeichnenden Lichte erscheinen zu lassen. Ich schließe mich der Frage des Herrn Kollegen Erzberger an, was die Kolonialverwaltung angesichts dieser skandalösen Feststellungen zu tun gedenkt.

Präsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie, in bezug auf einen Reichstagsabgeordneten nicht den Ausdruck „skandalöse Feststellungen“ zu brauchen. (Unruhe b. d. Soz., Bravo! rechts.)

Noske (fortfahrend): Wie die Amtsführung des Gouverneurs Liebert zu charakterisieren ist, kann ich nach diesen Feststellungen ruhig dem Hause überlassen. Jedenfalls wäre es von großer Wichtigkeit, zu erfahren, ob in dem Disziplinarrecht nicht Bestimmungen darüber enthalten sind, daß ein Beamter, der in schroffem Gegensatz zu den Beschlüssen der Volksvertretung handelt, unter Anklage gestellt werden kann. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Gamp (RB.): Ich glaube, daß das Haus, dem der Vorredner das Urteil über die Vorkommnisse in Ostafrika überlassen hat, seine Äußerungen in keiner Weise billigt. (Lachen b. d. Soz., Sehr richtig! rechts.) Man mag über manche Vorkommnisse urteilen, wie man will, die Verdienste des damaligen Gouverneurs sind so außerordentlich groß, daß die Sympathien des Hauses ihm unter allen Umständen verbleiben. (Bravo! rechts, erneutes Lachen b. d. Soz.) Ich frage irgend jemand im Hause, ob es möglich ist, im Falle einer Feldzugs-Quittungen über alle Sachen, die verausgabt sind, beizubringen. (Zuruf b. d. Soz.) Sehen Sie, jetzt nehmen Sie das zurück, weil Sie selbst einsehen, daß es Unsinn ist.

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter...

Gamp: Ich nehme den Ausdruck zurück! (Große Heiterkeit.) Wir werden ja in der Rechnungskommission genügend Auskunft bekommen. Jedenfalls ist bei der Rechnungslegung aus den Kolonien ein anderer Maßstab anzulegen als bei der Rechnungslegung im Deutschen Reich.

Dr. Goerke (ML): Gerade jetzt, wo wir dem Volke große Lasten auferlegen wollen und müssen — wir können ja garnicht anders — haben wir alle Verantwortung, sorgfältig zu prüfen, daß die großen Summen, welche hinausgehen, in bezug auf ihre Verwendung wenigstens richtig geprüft werden.

Erzberger (Z.): Es handelt sich hier nicht um Dinge, die wegen kolonialer Eigenart, will ich einmal sagen, keine korrekte Buchung vertragen, sondern um sehr einfach zu buchende Dinge. Für die 10000 Mark zur Unterstützung an Annehmern müßten unbedingt Quittungen da sein, da das Geld fort ist. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Dr. Arning (ML): Man sollte doch bedenken, daß es sich hier nicht um Rechnungen aus der neuesten Zeit handelt, sondern um solche aus dem Jahre 1900, wo die Kolonien erst im Entstehen waren. Heute werden die Rechnungen jedenfalls anders ausfallen. Bei Rechnungsfragen sollte man sich aber nicht auf politische Gegnerschaft stützen.

v. Liebert (Ap.): Ich bin nicht für diese Dinge allzu sehr verantwortlich; denn ich habe den Gouverneurstellen schon Mitte 1900 abgegeben und der Etat zählt vom 1. April, jedoch auf meine Zeit nur etwa zwei Monate kommen. Auch bin ich als Gouverneur doch nicht allein verantwortlich.

Dr. Frank-Mannheim (SD.): Mit der Entschuldigung des Herrn Liebert ist wenig gewonnen. Ob er für 2 oder 12 Monate verantwortlich ist, ändert an der Sache nichts. (Leb. Ohjo! rechts.) Wir wollen doch heute nicht daselbe Schauspiel erleben, wie gestern und vorgestern, daß von der Stelle, die es angeht, die Verantwortung auf subalterne Stellen abgewälzt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Gamp rät doch sonst zur Sparsamkeit; aber ohne Ordnung gibt es keine Sparsamkeit. Er wünscht Verweisung der Sache an die Kommission, also Verhandlung außerhalb der Öffentlichkeit. Aber öffentlich ist gefragt nach den Quittungen

für die Entschuldigungen an die Farmer, und eine Antwort ist noch nicht gegeben. Sie muß aber öffentlich gegeben werden. Öffentlich ist weiter gefragt, warum nach wie vor tropische Gehälter für Leute gezahlt werden, die Unter den Linden spazieren gehen. Auch hierauf muß öffentlich geantwortet werden. Es muß Ordnung herrschen, wie in Deutschland, so auch in den Kolonien. (Zustimmung bei den Soz.)

Erzberger (Z.): Ich frage Herrn v. Liebert, wie denn die Gelder für die ostafrikanische Zentralbahn ausgegeben hat, trotzdem sie der Reichstag nicht gebilligt hat. Mir ist mitgeteilt, daß Herr v. Liebert das getan hat. (Hört, hört!) Sehr bezeichnend ist, daß Herr v. Liebert jetzt die Verantwortung dafür auf Subalternbeamte abschleben will. (Sehr wahr!) Herr Gamp meinte, es komme bei allen diesen Prüfungen doch nichts heraus. Ist ihm denn nicht bekannt, daß z. B. erst vor kurzem Woermann zur Zurückzahlung von zu viel eingenommenen 750 000 Mk. verurteilt worden ist? (Hört, hört!)

von Liebert (Ap): Ich muß es ablehnen, mich hier weiter zu verteidigen, ich glaube, ich bin dazu garnicht berechtigt. (Lachen bei den Soz.) Der Chef der Kolonialverwaltung, der mich entbinden könnte, ist nicht hier. Was die Zentralbahn anlangt, so möchte ich doch glauben, daß damals von Berlin aus Anordnungen, Winke gekommen sind. (Hört, hört! im Zentr.) Wir haben leichte Arbeiten vorgenommen für den Fall, wenn das Diktat von Berlin käme, daß die Bahn gebaut werden soll. Bei anderer Gelegenheit vor der Kommission oder sonst bin ich zu jeder Auskunft bereit.

Ministerialdirektor Dr. Konz betont, daß die Belegung von Ausgaben durch Quittungen selbstverständlich unerläßlich sei, und legt dar, daß die Rechnungen aus der Zeit des südwestafrikanischen Krieges in mehreren Büchern aus Afrika angekommen seien und durch ein besonderes Bureau geprüft wurden.

Noske (SD): Den Entschuldigungsgründen des Herrn Arning müssen wir entschieden entgegenreten. Wenn der Reichstag sein Kontrollrecht wahren will, muß er darauf bestehen, daß nicht mehr Geld ausgegeben wird als er bewilligt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gewiß können im Kriege Rechnungen verloren gehen; aber hier handelt es sich um fehlende Nachweise für viele Millionen. (Hört, hört!) Die Beschlüsse des Herrn Liebert ist uns nicht gleichgültig, für uns handelt es sich darum, daß der Gouverneur von Ostafrika Gelder, deren Bewilligung der Reichstag abgelehnt hatte, ausgegeben hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die rührende Bescheidenheit, die sich Liebert auferlegte, ist recht bedauerlich. Die Umdeutung des Herrn Liebert, es sei damals ein Wink von Berlin gekommen, die nicht bewilligten Gelder zu verausgaben, wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie manchmal Beschlüsse des Reichstags von der Regierung beachtet werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Rechnung geht an die Rechnungskommission.

Es folgen Petitionen.

Auf Antrag Passermann (ML) werden eine Anzahl Petitionen, die sich auf die Reform der Zivilprozessordnung und auf ein Automobilhaftpflichtgesetz beziehen, den betreffenden Kommissionen als Material überwiesen.

Darauf wird die Beratung der Petition der Vereinigten Bergarbeiterverbände betr. schwarze Listen und überfälligen wesen im Bergwerksbetriebe fortgesetzt.

Behrens (WZ) gedenkt des neuesten Bergarbeiterunfalls und hofft, daß es gelingen wird, möglichst viel Arbeiter zu retten. Redner kritisiert das Vorgehen der Bergwerksbesitzer mit schwarzen Listen, das gegen die guten Sitten und gegen die Gesetze verstoße.

Sachse (SD): Zunächst will ich dem Herrn Präsidenten und dem Hause Dank dafür aussprechen, daß sie heute der verunglückten Bergleute gedacht haben, was wir bisher noch nie erlebt haben. Die Bergarbeiter werden es begrüßen, daß der Reichstag so schweren Unglücksfällen mehr Aufmerksamkeit zuwenden als früher. Die Zahl der tödlichen Unfälle im Bergwerksbetriebe ist sehr groß. Sie betrug im Jahre 1907, obgleich sich nur wenige große Unglücksfälle ereigneten, 1700. Mit Schutz an diesen Verunglückungen ist

wech, und man sieht die Räumlichkeiten, wo sie sich sozusagen abgespielt hat. — das ist geradezu, als wenn Kinder die Bilder zu sehen kriegen von den Märchen, die sie gehört haben. Also — ich hoffe, Sie machen mir die Freude; — ich esse für gewöhnlich zu Hause, — wenn ich da auch so ganz für mich alleine an meinem Tische esse; aber — es ist eben dann mein Tisch, mein Stuhl und mein Zimmer, Herr Fluth. Und 's Wirtshaus, — das bietet mir doch bloß fremde Gegenstände. Ne, Herr Fluth, ich bin nu 'mal fürs Heimische.“

Fluth nahm die Einladung dankend an, innerlich froh, daß ihm alles so sehr nach Wunsch gelang. Wenn der harmlose Alte gehnt hätte, wem er sein Wohlwollen schenkte!

Um die Mittagszeit schritten beide Herren durch die von einem schön verzierten Bogen überwölbte Halle des Vorplatzes, um sich in das obere Stockwerk zu begeben. Sie stiegen eine reich geschmückte Treppe hinauf und gelangten wieder auf einen ziemlich düsteren Vorplatz. Mit schweren Schließern beschlagene Holztüren mündeten hier; drei Stufen befanden sich vor denen, die in die Haupträume führten.

„Ert willen wir hier 'mal 'n kleenes Häppchen essen.“ Ich frag Herr Bäuerle vor, indem er zu der mittelften der schweren Türen hinaufstieg und Fluth mit einer Handbewegung zum Eintreten einlud. Mit Interesse überblickte der Defektiv den weiten, mit dunklem Holz getäfelen Saal in dessen Mitte der eigentümlich sorgfältig mit blitzendem Silber und seinem Porzellan gedeckt war. Im Orter, an der niedrigen Decke und den hochgehenden Stühlen, überall sah Fluth dieselbe schöne, alte Schnitzerei. Durch die Bogenabscheiben der Fenster fiel auch hier nur dämmeriges Zwielicht herein. Zu beiden Seiten sah man in zwei gleichfalls sehr große Räume, die ein wenig frostig anmuteten durch das lautlose Halbdunkel, das auch darin herrschte.

Fluth betrachtete aufmerksam alles, was ihm gezeigt wurde, und sagte: „Schade, daß keine Hausfrau den schönen Zimmern so etwas mehr, — ich möchte sagen, — Anheimeln des gibt.“

Bäuerle nahm neben Fluth Platz, gab dem Diener, der die Speisen auftrug, einige leise Befehle und antwortete dann mit einem Anflug von Wehmüt:

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(15. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Wer war denn das Mädchen? Es interessiert mich, nur, weil ich neulich einmal eine Mordgeschichte las, worin der Name Bruns eine Rolle spielte.“ August Fluth ahnte bereits allerlei; er heuchelte jedoch die größte Unbefangtheit.

„Normann, glaub' ich, Maria Normann. — Ob sie nu das Geld von dem Bruns eingestekt hat, das wech ich Ihnen nich zu sagen. Überhaupt — 's is merkwürdig, die Normann is verschwunden vom Erdboden. Keen Laut mehr über sie is jemals hier gehört, keene Spur von ihr gefunden; 's is, als wär' se weggeblasen. Als der alte Normann starb, is se noch einmal hier aufgetaucht, und dann tauchte se unter, — wer wech, wo se jetzt hin verschlagen is.“

August Fluth wußte genug; es war ihm genau bekannt, daß Maria Normann und die ermordete Schauspielerin Marietta Goldadta dieselbe Persönlichkeit war; doch hielt er es für besser, dies nicht zu verraten.

„Was sagte aber der Sohn zu der Enterbung? Wußte er es schon, als der Vater noch lebte?“

„Das is mir unbekannt, Herr Fluth; wissen Sie, ich stecke nich geen meine Nase in fremde Angelegenheiten; ich bin, sozusagen, eine einsame Natur — stillvergnügt mit mir alleine! Was is es auch meistens, was einem von andern zu Ohren kommt? Schauer-volles, — Betrübenendes oder dergleichen. Und, wissen Sie, Herr Fluth, besonders diese Geschichte mit dem alten Bruns und seinem Sohne, die war mir auf 'n Magen gefallen, daß mir monatelang das Frühstück Beschwerden machte, und bloß alleine 'n Glas Rübeshmeier mich auffrisken konnte. Denn als nu der Alte tot war, und der Sohn ankam, — er langte erst in der Stunde der Beerdigung an, — man hatte seinen Aufenthaltort nur schwer ermitteln können, — ich sage Ihnen, Herr Fluth, das helle Wasser is mir überhaupt immerzu in die Augen getreten, weil der junge Mensch aussah, wie 'n Gespenst, um herumflief, als ob 'm sein Verstand abhanden gekommen wäre. Ob das nu aber 'n reines Gefühl von Kindesliebe war, das da trauerete, oder ob doch wohl 'ne

Mischung von habgüchtiger Wut mit drin war, das wech ich nich zu sagen. Aber 's war schon eine starke Zumutung für normale Gemüter, wie 's meinige, was noch dazu reichlich wech is, — der alte Mann als Leiche in seinem Blute, — der Sohn wie ein Rasender in Hause 'rum, und von dem Mörder überhaut keen Titelchen aufzufinden.“

Er tat einen langen Schluck aus seinem Glase und setzte es dann mit einem tiefen Aufseufzen auf den Tisch nieder. August Fluth aber sah gedankenvoll aus dem Fenster in den großen, von weitläufigen Baulichkeiten umschlossenen Innenhof hinab, der die Form eines länglichen Vierecks bildete, in dessen Mitte ein alter Brunnen rieselte.

Fluth hatte das Trinken überhaupt vergessen; er achtete nicht darauf, daß Bäuerle ihm schon vor einer langen Weile das geleerte Glas wieder gefüllt hatte. Die Sache, um derentwillen er hier saß, erfüllte ihn ganz. Richard Bruns' Zustand nach der Ermordung des Vaters, wie ihn Bäuerle soeben beschrieben hatte, fiel freilich schwer ins Gewicht. Wenn er am Ende doch, um die ihm zukommende Erbschaft wieder an sich zu bringen, in einem Anfall von Hektigkeit die Schauspielerin ermordet hätte? Nach allem, was er über den jungen Maler gehört hatte, mußte dieser eine leidenschaftliche Natur sein.

„Gott, Sie träumerisches Kerlchen!“ rief endlich Balthasar Bäuerle, seinen Gasts vertraulich auf die Schulter klopfend. „Hören Sie, sind Sie in Ihrem Geschäft auch immer so grüblerisch?“

„Ja, wissen Sie?“ erwiderte August Fluth ernsthaft. „es giebt Dinge, die mich allordings, — ich möchte sagen, — aus dem gewohnten Geleise bringen können. Sagen Sie, Herr Bäuerle, haben Sie nie erfahren, wer den alten Bruns seitente geschafft hat?“

„Niemals, — sehen Sie, das bleibt die gruselige Stelle in der Geschichte. Man hat alles getan, um dem Scherjabe auf die Spur zu kommen, — das Gericht, — ich glaube, das hat sich damals über die mißlungene Verfolgung auch nicht schlecht geärgert. Na, Herr Fluth, irren is menschlich, und die vom Gericht sind auch bloß Menschen und können fehlen. — — — Übrigens, Herr Fluth, wollen Sie an diesem Mittag mein Gast sein? Dann zeige ich Ihnen bei der Gelegenheit mal so die Baulichkeiten von dem alten Hause. Wenn man nu so 'ne Geschichte

Auch das Überwachungswesen, um dessen Beseitigung die Petenten bitten. Die Unfälle im Bergwerksbetriebe sind von 12,19 pro Tausende im Jahre 1900 auf 15,71 im Jahre 1906 gestiegen. Ich bitte das Haus, der Petition beizutreten, damit die Regierung den Arbeitern durch gesetzliche Maßnahmen Rechnung trägt. Es wird gesagt, solche Vorschriften seien nicht nötig, nachdem durch Artikel 4 der preussischen Berggesetznovelle ein Gesundheitsbeitrag geschaffen sei, der die Überwachungen jederzeit verbieten könne. Dieser Beitrag steht aber lediglich auf dem Papier, er ist seit den drei Jahren meines Wissens noch garnicht zusammenberufen worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeitgeber tun so, als wenn sie sich durch die schwarzen Listen gegen eine rigorose Vorgehen von Arbeiterverbänden wehren müßten. Die schwarzen Listen aber, die auf dem Tisch des Hauses niedergelegt sind, sind zu einer Zeit geschaffen worden, wo die Arbeiterorganisationen weder in eine Bewegung eingetreten waren, noch mit Streik drohten. Ja noch ehe in Deutschland ein Bergarbeiterverband bestand, sind die Zechenherren mit schwarzen Listen und Aussperrungen vorgegangen. Ein Geheimdokument der ober-schlesischen Grubenmagazine vom 11. August 1906 beweist, daß die Unternehmer auch gegen die Beamten mit schwarzen Listen vorgehen. Die Unternehmer werden in dem Rund-schreiben aufgefordert, alle Techniker zum Austritt aus dem Technikerverband zu veranlassen, weil auch dieser Verband geeignet sei, den Frieden im Gewerbe zu stören. (Hört, hört! links.) Ich lege hier wieder die neueste schwarze Liste vor, die wiederum gegen 5200 Namen enthält. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt haben keinen Para-graphen gefunden, um gegen die Zechenherren und Zechen-verwaltungen vorzugehen. Dandelte es sich um Arbeiter, so würde man schnell einen Paragraphen finden, wenn keinen anderen, so den großen Injuriaparagraphen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Terrorismus der Herren richtet sich aber nicht nur gegen die Arbeiter. So droht der bergbauliche Verein in Niederschlesien, weil der Görtlinger Magistrat nach Arbeitern annanciert, diesem dafür Repressalien an. (Hört, hört! bei den Soz.) Wahrscheinlich sollen nach Görtzig keine Kohlen mehr geliefert werden. Aber trotz des Überflusses an Arbeitskräften, der gerade jetzt vor-handen ist, zieht man Arbeiter aus dem Auslande heran; so hat die Landarbeiterzentrale eine Filiale in Essen, also mitten im Industriegebiet. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf der neuesten schwarzen Liste, die ich auf den Tisch des Hau-ses niedergelegt habe, finden sich 161 Namen von Arbeitern der Firma De Wente (Hört, hört! bei den Soz.) Dieselbe Firma, welche 161 Leute wegen Lumpereien für 6 Monate auf die Straße wirft, wendet sich an den Viefelder Arbeits-nachweis des Herrn v. Bodelschwingham um Arbeitskräfte. Wenn die Schachtmacher nicht endlich in sich gehen, wenn die Regierung ihr Ohr verschließt, wenn der Reichstag die Pe-nalitionen nicht einmündig dem Reichskanzler zur Berücksichti-gung überweist, so machen sich Schachtmacher, Regierung und auch das hohe Haus mit Schuld an dem Fortbestehen dieser himmelstreichenden, dieser schmachhaften Zustände im Bergbau. (Leb! Bravo bei den Soz.)

Macken (Z.): Die Katastrophe sollte uns ein mahnedendes Menetekel sein. Wir verlangen nach wie vor reichsrechtliche Regelung des Bergrechts, nachdem die Landesgesetzgebung völlig versagt hat. Die Kritiken meiner Vorredner trafen fast überall zu. (Hört, hört! bei den Soz.) Die gesetzlichen Vorschriften sollten auch für die Zechen-verwaltungen bindend sein. (Leb! Beifall im Zentrum und links.)

Sotheim (Vg.): Die Katastrophe sollte uns zum Eintreten für die Forderungen der stets arg gefährdeten Bergarbeiter bewegen. Die schwarzen Listen sind geradezu die Wiedereinführung geheimer Personalakten. Da die Schachtmacher ihrerseits die Arbeiterorganisationen nicht an-erkennen wollen, so muß die Gesetzgebung eingreifen. (Leb! Beif. links.)

v. Schubert (M.): Es ist tief bedauerlich, daß ge-rade am Tage der furchtbaren Katastrophe der beklagten-werte Zwiespalt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Berggewerbe hervortreten mußte. Auch wir empfehlen die Petitionen zur Berücksichtigung, obwohl mancherlei über-treibungen in ihm enthalten sind. Auf den schwarzen Listen stehen meist arbeitscheure oder wegen Verfehlungen ent-lasene Arbeiter.

Huë (S.): Ich kann mitteilen, daß nach einem mir zugegangenen Telegramm das Grubenunglück nicht so viele Opfer gefordert hat wie man annahm. Aber ich muß auch feststellen, daß auf derselben Zeche schon vor 14 Tagen eine Schlagwetterexplosion stattgefunden hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Und daß in den letzten Monaten außerordentlich viel Klagen der Arbeiter über Mißstände auf dieser Grube laut-geworden sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Als in der Bergarbeiter-zeitung ein Artikel erschien, der den Grubenherren mißviel, fahnde-lete die Bergbehörde nach dem Verfasser des Artikels. Was geht dem Wege liegt, und das ist meistens immer die Pflicht. In wenn je denn, ohne daß sie selbst recht beachtet haben, plötzlich bei Jahren hind, dann fällt ihnen eines Tages ein, daß zu beiden Seiten des geraden öden Weges, den sie immer ganz getrost gewandelt sind, auch Flecken. Blümlchen gewachsen haben — im Früh-ling und Sommer nämlich. Na, Herr Plutz, warum haben solche Menschen nicht die Blümlchen gepflückt, als noch Zeit dazu war? Jetzt ist es zu Winter geworden für sie, — nun ist nichts mehr zu holen. Warten Sie zeitig auf, Herr Plutz, eh Ihnen alles vor der Nase wegschnappt wird. Sie stehen noch im Frühling."

August Plutz wurde lebhaft, und das kleine Mahl ge-haltete sich zu einem höchst behaglichen. Auch lernte er all-mählich den alten, biederen Sachjen wahrhaft schätzen und bestrich ihm zu trinken, die Freundschaft dieses Mannes auch ipäter sich zu bewahren.

Beim Mährlich hielt er eine launige Rede, in der er jagte, daß er sich im allgemeinen lieber mit der Berg-gangenheit und den dazu gehörigen Menschen beschäftige, daß er aber die Gegenwart, wenn sie ihm ausnahmsweise einmal solche Menschen vorführt, wie Herrn Bäuerle, nicht mehr unter-schätzen wolle.

Herr Bäuerle hatte sich seit langer Zeit nicht in so gehobener Stimmung gefühlt, wie heute; der Wein hatte das feine getan; Plutz hätte jetzt alles von ihm ver-langen können, — er würde es ihm unbedingt gewährt haben.

Nach dem Essen rauchten die Herren noch eine gute Zigarre zusammen, und dann sagte sich Herr Bäuerle dem Wüchse August Plutz, ihm das altertümliche Haus zu zeigen.

Während sie die Treppen zum zweiten Stockwerke hin-aufstiegen, erklärte Herr Bäuerle:

Da oben, sehen Sie, da oben ist nun so eigentlich das unheimliche Reich des Spules von damals. Ich will des-wegen mit den oberen Etagen rein gar nichts zu tun haben. Herr Haas schlief oben im zweiten Stock, — ich habe mei-nen Schlaftromm hablich unten, auch mein Diener hat da sein Zimmer, damit ich in menschlicher Nähe bin. Die Köchin und das Stubenmädchen schlafen arglos da oben. Was ohne die von den Straßgeschichten!"

(Fortsetzung folgt.)

das die Bergbehörde an? Sie soll darauf achten, daß solche beklagtenwerten Unfälle nicht vorkommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kennzeichnend für sie ist, daß kein Vertreter hier zur Stelle ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Schubert behauptet, daß die zum Vergleich ungünstigsten Jahre in der Petition herangezogen sind. Das ist nicht wahr; die Petition ist vielmehr bei allen Zahlen sehr sachlich zusammengestellt. Die Senkung des Lebensalters der Bergleute stellt eine große Einbuße an Nationalkapital dar. In dem Bestreben, den häufigen Wechsel der Arbeiter einzubäumen, sind wir mit den Ver-tretern der Industrie einig. Wenn aber Herr Schubert sagt, die Absicht der Unternehmer dabei ist, Unglücksfälle zu ver-hüten, nun, warum wehren sich denn die Herren mit Händen und Füßen gegen jede Einrichtung zum Schutz der Berg-leute? Daß die Verhütung von Unglücksfällen das Lei-tendste der Unternehmer ist; nun, wer das glaubt, kriegt einen Laler. (Heiterkeit bei den Soz.) Interessant war es, daß Herr Schubert sagte, die Bergarbeiter wechseln deshalb so häufig ihre Stellung, um sich dem Gerichtsollstzicker zu entziehen. Das Material, das er hierüber beibrachte, zeigt geradezu erschreckend die Verarmung der Arbeiter. Wir werden nicht verstehen, dies sind noch unbekanntes Material zu ver-werten. Herr Schubert sagt, wer auf der schwarzen Liste steht, sei nicht für 6 Monate gesperrt, sondern könne auf der alten Zeche wieder angenommen werden. Das heißt, er soll wieder in das alte Joch, sich beugen unter die Herren, die Ankläger, Richter und Strafollstzicker zugleich sind. Mit dieser faulen Ausrede will man nur verdecken, was man an den Leuten fürchterliches getan. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch die Behauptung, daß nur kontrakt-brüchige Arbeiter auf die schwarzen Listen kommen, ist falsch. Das unteiliche Verhältnis zwischen Ar-beitern und Unternehmern schon Herr Schubert auf die „Verhebung“ durch die Gewerkschaften. Das ist mir erklärlich, wenn er Kontraktbruch und Insubordination in einem Atemzug gebraucht. Die Zechenherren sehen eben in den Bergarbeitern nicht freie Arbeiter, sondern Untergebene. Herr Schubert betonte, er sei von Bergarbeitern gewählt worden. Gewiß, aber mit welchen Mitteln? (Sehr laut! bei den Soz.) Wir werden noch Gelegenheit finden, die saar-abischen Wahlzustände hier zu besprechen. Man hat dort die Leute zur Hundedemut, zur Peucherei erzogen; sie sehen in dem Vorgesetzten nicht einen gleichgestellten Staatsbürger, sondern einen Mann, dem man auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wird eine ernste Würdigung des Unglücks von Rabbod sein, wenn wir diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. (Bravo! bei den Soz.)

Vehrens (Vg.) polemisiert gegen den Abgeordneten Schubert.

Hengsbach (S.): Die Mohrenwäsche, die Herr Schubert an den Grubenherren vorgenommen hat, ist klä-glich mißlungen. Er meint, die ausgesperrten Arbeiter könn-ten auf ihrer alten Zeche wieder angenommen werden. Wes-halb werden sie denn dann abgelegt? (Sehr richtig! bei den Soz.) Alles, was hier vorgeführt ist, entspricht dem Stand-punkt des „Herr im Hauie“ sein, der den Arbeiter an die Scholle fesseln will. Dieser Standpunkt muß überwunden werden. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Petition wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung über-wiesen. Darauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten wegen der Arbeitslosigkeit und der Folgen der Krise.)

Schlus: 6 1/2 Uhr.

Ein entsetzliches Grubenunglück

hat sich gestern früh in Westfalen ereignet. Weit über 300 Bergleute sind ein Opfer des Todes gewor-den. Zahlreiche Frauen und Kinder stehen trauernd an der Bahre ihrer Ernährer.

Das Unglück ereignete sich in früher Morgenstunden auf Sohle 2 und 3 der bei Hamm gelegenen Zeche „Rabbod“ infolge einer Kohlenstaubexplosion. Die Zeche ge-hört der Trierer Bergwerks-Gesellschaft.

Über das Unglück liegen folgende Mitteilungen vor: Mittwochsabend waren gegen 380 Mann auf Sohle 2 und Sohle 3 angefahren. Es handelt sich um eine Kohlenstaub-explosion, deren Entstehung unbekannt ist. Die Detonation war sehr heftig. Da der Schacht vollständig aus-gebrannt ist, mußten unter schwierigen Verhältnissen zu-nächst neue Spurlatten angehängelt werden, damit der Förderkorb wieder in Tätigkeit treten konnte. Gestern morgen 6 Uhr konnte mit der Bergung der eingeschlossenen begonnen werden. Die Verwundeten werden in Automobilen in die Hammer Krankenhäuser geschafft. Ärzte sind genügend an der Unfallstelle, die gänzlich abgeperrt ist. Die Ber-gungsarbeiten gehen nur sehr langsam vor sich. Vor den Zechengebäuden spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Rettungsmannschaften sind aus den umliegenden Ortschaften eingetroffen.

Vom Oberbergamt Dortmund ist folgende amtliche Darstellung des Unglücks bekannt gegeben: Heute morgen 4 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Rabbod“ eine schwere Schlagwetterexplosion, die durch Mitwirkung von Kohlenstaub eine besondere Ausdehnung gewann. Von 380 eingeschlossenen Bergleuten sind bisher 26 als Leichen und 35 Verletzte zu Tage gefördert worden. Umfangreiche Bestrebungen im ganzen Grubengebäude, viele schwere Brüche, mehrere Brandherde an ver-schiedenen Punkten der Grube verhindern das Vordringen. Die Aussicht auf Rettung einer nennens-werten Zahl der eingeschlossenen Berg-leute ist sehr gering. Die Rettungsversuche der Rettungsmannschaften der Nachbargruben werden fortgesetzt. Von den 6 Beamten der Belegschaft ist keiner gerettet wor-den. — Nach neuerer Meldung sind 65 Tote und 78 Schwerverletzte geborgen worden.

Ein geretteter Steinhauer erzählt der „Rheinisch-West-fälischen Zeitung“ folgendes: In dem Sumpfschlag un-weit der dritten Sohle arbeitend, vernahm ich plötzlich gegen 5 Uhr morgens eine ungeheure Detonation. Heiße Schwaden schlugen mir ins Gesicht und fortwährend ertönte ein furchtbares Krachen und Bersten. Der erste Schlag schlenderte mir die Lampe aus der Hand. Mit meinen Arbeitsgefährten tastete ich mich an den Röhren der Wasser-leitung entlang die Leiter empor. So gelangten wir auf die dritte Sohle und fanden dort die ersten Schwerverletzten. So schnell wie es im Augenblick der Not ging, trugen wir sie an der Förderkorb und brachten sie, während das Getöse der Explosionen fortanderte, in die Höhe.

Der Generaldirektor der Gewerkschaft Trier, Herr Janßen, der bis gegen 7 Uhr in der Grube gewirkt hatte und mit den Rettungsmannschaften bis zu den Flammen gedrungen war, erklärte endgültig, daß an eine Rettung der eingeschlossenen Bergleute nicht mehr zu denken ist. Mit der Abdämmung der Grube ist begonnen worden. Auch soll sie unter Wasser gesetzt werden. Eine Ge-schichte besteht darin, daß erhebliche Wassermassen nicht befehen. Auf Schacht I der Zeche befinden sich zwei

Fördermaschinen, auf Schacht II dagegen nur eine, die jedoch vorwiegend zum Werkzeugtransport und nicht zu eigentlicher Förderung benutzt wurde. Nach zweifelhafte Arbeit gelang es, die erste Fördermaschine des Schacht I wieder betriebsfähig zu machen, für-darauf dann auch die zweite, während die Maschine des Schacht II bislang noch nicht wieder in Tätigkeit treten konnte, da der Schacht von giftigen Schwaden erfüllt ist. Die Betriebsbeamten waren schon gegen Mittag der Überzeugung, daß eine Rettung der noch eingeschlossenen Bergleute unmöglich sei, ebenso die anwesenden Beamten der Berg-behörden. — Man hat die Unmöglichkeit konstatiert, die Rettungsarbeiten weiter zu führen. Der ganze Schacht soll unter Wasser gesetzt werden, um das Feuer in der Grube zu erlöcken. Die Sanitätsmannschaften sind abgerückt.

Auf baupolizeiliche Anordnung sind die Brandtüre und Schachttöffnungen zum Erliegen des Brandes geschlossen worden. In der zweiten Sohle befindet sich ein Dynamitlager; man fürchtet, daß dieses im Laufe der Nacht explodieren wird.

Bestern gegen 4 Uhr nachmittags verlaute, daß eine neue Explosion befürchtet würde; doch ließ sich das Tatsäch-liche an der Mitteilung nicht feststellen. Man ist jetzt damit beschäftigt, die Brandstelle abzuklämmen, und hofft damit der Gewalt des Brandes Einhalt zu tun. Der Brand erstreckt sich, wie Mitglieder der Rettungsabteilung der Zeche „Grille“ berichteten, die selbst bereits eingefahren waren, vorzugsweise auf die dritte Sohle und findet an der Grubenunternehmung und der fetterreichen Gaskohle- reiche Nahrung. Die erste Sohle hat weniger Zerstörung erlitten, aber das Feuer sperrt jedes Vordringen ab. In der zweiten Sohle wütet der Brand weniger, doch sind die Bruchstellen dort um so zahlreicher. Mehrere unmittelbar am Schacht liegende Leichen können aus diesem Grube zu nächst nicht geborgen werden. 5 Werde, die außerhalb der giftigen Schwaden standen, konnten lebend zu Tage gefördert werden. Der Zuzug der Bevölkerung hält an. Es spielen sich Szenen ab, die geradezu erschütternd wirken. Inzwischen wird bekannt, daß drei weitere Opfer der Katastrophe im Hammer Krankenhaus den Ver-letzungen erlegen sind.

Über den Eindruck, den das Unglück in Hamm her-vorgerufen hat, wird gemeldet: Automobile und Droschken durchjagen Hamm und bringen Verwundete nach den Krankenhäusern, die von den Angehörigen der Verunglückten umringt sind. Überall werden Jammerrufe und Schreckens-laute vernommen. Die Straßen zur Unglücksstätte, die etwa eine Stunde von Hamm liegt, sind mit Menschen gefüllt. Tausende umlagern die Unglücksstätte. Aber das Schicksal der noch eingeschlossenen etwa 300 Bergleute herrschen kaum noch Zweifel. Es werden nur noch Leichen zutage gefördert.

Bei der Explosion hat zwar Kohlenstaub mit gemixt, doch ist die Kohle der Grube keineswegs sehr staubhaltig, im Gegenteil von körniger Beschaffenheit. Das abgebaute Grubenfeld mißt gegenwärtig in der Strichrichtung 950 Meter, in den Querschlagen 800 Meter. Es handelt sich also um eine noch ziemlich kleine Grube, sodas von vornherein die Übersicht über die Lage der Verunglückten und die etwaige Aussicht ihrer Rettung beschränkt ist. Nach dem Kompressionsmesser schnellte die durchschnittliche Druckhöhe von 80 Millimeter plötzlich bis 115 Millimeter empor, um im gleichen Moment über 0 zurückzugehen.

Die Nachricht, die Explosion schlagender Wetter auf der Zeche Rabbod habe wegen der außerordentlichen Trockenheit des in den Schächten in den Querschlagen lagernden Kohlenstaubes so große Verbreitung gefunden, bestätigt sich nicht. Nach Aussage der Rettungsmannschaften haben sich nur verschwindend geringe Koksbildungen in den Strecken gezeigt, was dafür spricht, daß keine nennenswerten Kohlenstaub-Ansammlungen vorhanden gewesen sind. Die auf Rabbod eingeschlossenen Stöße gehören, wie man vermutet, einer Fettkohlenpartie an, haben aber aus-gesprochenen Gaskohlencharakter. Sie neigen bei verhältnis-mäßig hohem Gasgehalt nur wenig zur Staubbildung.

Die Bergleute schreiben das Unglück dem neuen Steiger zu, der vor zwei Monaten bei der Zeche ein-trat und als Wetter-Kontrollleur fungierte. Wo man mit den Bergleuten sprach, murten sie gegen diesen Mann und sagten, er sei nicht vorichtig genug gewesen. Schon vor 14 Tagen habe in derselben Sohle, in der jetzt die un-glücklichen Arbeiter eingeschlossen sind, eine kleine Exple-sion schlagender Wetter stattgefunden, bei der drei Leute schwer verletzt wurden. Hätte man damals gleich nach der Ventilation gesehen, so sagen die Bergleute, so wäre das heutige Unglück vielleicht verhütet worden.

Die Zeche „Rabbod“ gehört zu den jüngsten Bergwerks-anlagen. Der Geschäftsbetrieb wurde am 2. Januar 1906 eröffnet und im November 1906 wurde der erste Waggon Kohlen gefördert. Bis dahin hatten die Ein-richtungs- und Abtastungsarbeiten gedauert. Die Grube Rabbod 1 hat eine Tiefe von 877, die Grube Rabbod II eine solche von 841 Mtr. Im ersten Halbjahr 1908 wurden 88 000 Tonnen Kohlen gefördert. Die Arbeiterzahl beträgt gegenwärtig 700. Vertrieben wird die Grube durch eine G. m. b. H., bei der Graf Henckell von Donnersmark stark beteiligt ist. Der leitende Direktor der Grube heißt Wübben-dorf. Die Arbeiter haben in der letzten Zeit sehr oft über-schlechte Behandlung und schlechte Grubenbedingungen gehabt. Wiederholt wurden Versammlungen abgehalten, die sich mit den Zuständen auf der Grube Rabbod beschäf-tigten.

Aus dem Gerichtssaal.

Mordprozess. Vor dem Schwurgericht in Magde-burg wurde am Donnerstag nach mehrstägiger Verhandlung der Prozess gegen das Ehepaar Fabian sowie den Arbeiter Schulze wegen Mordes bezw. Beihilfe zum Mord beendet. Fabian war angeklagt, den ersten Mann seiner jetzigen Frau, den Bäcker Sonntag, ermordet zu haben; Frau Fabian sowie Schulze hierbei Beihilfe geleistet zu haben. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig. Demzufolge verurteilte der Gerichtshof den Chemann Fabian zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, die Ehe-frau Fabian zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Schulze zu sieben Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Angeklagten nahmen das Urteil äußerlich ruhig entgegen. Frau Fabian hat, auch über sie die Todesstrafe zu verhängen. — Das Schwurgericht in Leipzig verurteilte die des Mordes an dem Buchhändler Paul Vieglitz angeklagte Minna Döll wegen Mithäuflichen in Verbindung mit Giftverbrechen zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Mit-angeklagte Schulz wurde wegen Beihilfe zu Giftver-brechen zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

186 Jahre Zuchthaus. beantragte der Staatsanwalt gegen den von der Strafkammer in Olitz abgeurteilten Ein-brecher Albrecht Raab. R. hatte es im Einbrechen zu einer

Meisterschaft gebracht und machte Raubzüge bis nach Osterfeld hin. Der Gerichtshof sah mehrere Fälle nicht als vollständig aufgeklärt an und schied diese von der Anklage aus. Er kam aber doch auf Grund des von dem Staatsanwalt aufgestellten Strafmaßes für jeden einzelnen Fall auf eine Gesamtstrafe von 90 Jahren Zuchthaus, die auf die gesetzliche Höchststrafe wegen schweren Diebstahls von 15 Jahren reduziert wurden.

Verurteilter Weinwantscher. Die Strafkammer zu Landau verurteilte den dortigen Weinhändler Michael Orth wegen Verurteilung und Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis. 36 Kinder wurden eingezogen.

Eine lässliche Köpenickade. Eine imponierende Fracht entwickelte der 42 Jahre alte ledige Händler Christian Dellmann von Reichelheim bei der Ausführung eines Diebstahls. Beim Fuhrunternehmer Kösch in der Mannheimer Neckarvorstadt akkordierte er am Sonntag, den 12. Oktober, zwei Fuhrwerke. In Sandhofen weckte er nachts zwei Knechte, um angeblich von seinem Acker Kartoffeln zu holen. Die Kartoffeln waren schon hübsch in Säcken verpackt — auf einem Acker waren es 40 Zentner im Werte von 120 Mark, auf dem anderen 30 Zentner im Werte von 90 Mk. Am 7 Uhr Montags war er wieder mit der beladenen Fuhr vor dem Hause Köschs und gab an, er müsse die Kartoffeln jetzt auf den Markt fahren. Dem Fuhrhalter Kösch hatte er angegeben, daß er Müller heiße und von Worms sei. Hinterher stellte es sich heraus, daß man es mit einem raffinierten Gauner zu tun hatte; die Kartoffeln stammten von den Aekern der Landwirte Johann Gaa und Johann Buhmann. Groß mag die Intelligenz der Knechte auch nicht gewesen sein, wenn ihnen bei der Kartoffelfahrt um 2 Uhr nachts kein Verdacht aufgefallen ist. Der Gauner fuhr die Kartoffeln auch tatsächlich auf den Markt und drei Arbeiter halfen ihm dann weiter beim Hausieren. Als er die Kartoffeln alle verkauft hatte, verschwand er und die Arbeiter hatten das Nachsehen. Das Schöffengericht sprach gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten aus.

Ein Brandstifter. Vom Schwurgericht in Ulm wurde der 34 Jahre alte Fabriktagelöhner Karl Lipp von Klein- einlingen wegen 22 Verbrechen der Brandstiftung und eines Vergehens des Hausfriedensbruchs zu 18 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; fünf Monate gehen für Untersuchungshaft ab. Seit langen Jahren wurden

die Orte Klein- und Großeinlingen, Kleinhausen, Holzheim und Eichenbach wiederholt von Bränden heimgesucht. In allen Fällen wurde Brandstiftung angenommen, doch konnte der Täter trotz verschärfter Wachsamkeit von Seiten der Behörden und der Ortseinwohner nie gefasst werden. Am 15. April d. J. gelang es endlich, des Täters habhaft zu werden. Bei seiner Vernehmung gab Lipp an, daß er seit 1898 verheiratet und Vater von 9 Kindern ist. Von 1902 ab arbeitete er bei Moritz Fleischer in Großeinlingen, der ihm ein gutes Zeugnis ausstellte. Da sein Verdienst nur 3 Mk. betrug, hatte er es bei seiner zahlreichen Familie recht schwer; weil er gern ein Glas Bier und noch etwas darüber trank, diesem Gange aber bei seinem tagen Verdienst nicht recht nachkommen konnte, wurde er verbittert. Er galt als verstoßt und man traute ihm nichts Gutes zu. Verächtlich ist er noch nicht bestraft. Die meisten Brandstiftungen fallen gerade auf Sonn- oder Feiertage und Sonnabende. Besonders gern benutzte er hohe Festtage, wie Weihnachten, Ostern, Allerheiligen, Neujahr dazu, den zündenden Funken in die Feiertagsstille zu schleudern. Der Angeklagte gibt an, daß er stets in der Trunkenheit gehandelt habe, daß es ihn von innen heraus förmlich gedrängt habe, mit unwillkürlichem Zwang, Feuer anzulegen. Es ist aber auch wahrscheinlich, was der Vorsichtige weiter als mutmaßlichen Beweggrund zur Fortsetzung der Brandstiftungen hinstellte: einmal, daß Lipp Freude empfinden habe, als er gesehen, daß er sein Unwesen treiben könne, und ferner die Unzufriedenheit mit seinem herben Loß. Auch ein Rachegefühl gegen Personen lasse sich denken, die ihm mit Rücksicht auf seine Kinderschar und seine zweifelhafte Zahlungsfähigkeit das Wohnen in ihren Häusern abgeschlagen haben. Der Gedanke, daß man es mit einem irren Menschen zu tun habe, ist durch die mehrmögliche Untersuchung in einer Irrenanstalt widerlegt, bei der Lipp als völlig zurechnungsfähig, aber geistig minderwertig erkannt wurde.

Aus Nah und Fern.

Afrika-Peters zahlt keine Prozesskosten. Die „Münch. Post“ schreibt: Aus Köln geht uns von Herrn Rechtsanwalt Falk eine Benachrichtigung gemäß des § 845 der Zivilprozessordnung zu, der zu entnehmen ist, daß der kaiserliche

Rechtskommissar a. D., Dr. Karl Peters, die Kosten in seinem Beleidigungsprozesse gegen die „Kölnische Zeitung“, in dem Peters unterlegen ist, nicht bezahlt hat. Die Herren Redakteur Brüggemann und Gouverneur a. D. v. Bennigsen haben von Dr. Peters die Rückerstattung der ihnen erwachsenen Kosten und Auslagen im Betrage von 3506,39 Mark nicht beizutreiben vermocht, da von Dr. Peters eben nichts zu holen ist. Sie haben daher durch ihren Rechtsbeistand unseren verantwortlichen Redakteur benachrichtigt, daß sie alle Forderungen des Peters, die aus Entattung von Prozesskosten und Auslagen in dem Beleidigungsprozesse Dr. Peters „contra“ „Münch. Post“ herrühren, auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des Schöffengerichts Köln pfänden lassen werden. Selbst Peters mit dem keinen Ehrgefühl verlagte also die ganze Welt wegen Beleidigung und zahlt, wenn er im Prozesse unterliegt, keine Kosten. Das ist wohl Afrikaners Sitte?

Zwischschlag. Aus Wildberghütte (Bezirk Arnberg) wird berichtet: Vier Kroaten versuchten an der Frau eines hiesigen Schmiedemeisters ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben und wurden dabei von dem Meister überraucht. Dieser geriet in solche Wut, daß er zwei Kroaten mit einem Hammer erschlug und die beiden anderen so schwer verletzte, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Juwelendiebe. Zwei weibliche Mitglieder einer Bande von Juwelendieben sind in Mailand verhaftet worden. Es handelt sich um zwei elegant auftretende junge Damen, Maria Maggolo und Jeanne Verol, die unter dem Verdacht der Mitschuld an Juwelendiebstählen stehen. Ein anderes Mitglied der Bande namens William Mariott konnte entfliehen. Eine große Menge Juwelen, Pfandzettel und Geld wurden bei den Verhafteten vorgefunden.

Eisenbahnzusammenstoß. Nach einer Meldung aus Neunorf wurden bei einem Zusammenstoß von zwei Güterzügen in der Nähe von Cheyenne (Wyoming) in der vorletzten Nacht 12 Arbeiter, die bei der Union Pacific-Eisenbahn beschäftigt gewesen sind, getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarzh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Am Mittwoch morgen starb nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann und treuherziger Vater

Heinrich Benthien

im 56. Lebensjahre, tief betrauert von mir, meinen Kindern u. allen die ihm nahe standen.

Frau F. Benthien geb. Gale.

Die Beerdigung findet am Montag morgen 10¹/₄ Uhr von der Burgstorkapelle aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Die Beerdigung unseres Kollegen

H. J. C. Benthien

findet am Montag vormittag 10¹/₄ Uhr von der Kapelle des Burgstork-Friedhofes aus statt.

Abmarsch der Kollegen zur Beerdigung um 9¹/₂ Uhr präzis vom Vereinshaus.

Der Vorstand.

Nachruf.

Am 11. November verstarb durch Unglücksfall unser treuer Genosse

Hinrich Holst

im Alter von 41 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Genossen Eutins.

Für die in so reichen Maße bewiesene Teilnahme bei dem herben Verlust unserer Tochter **Dorchen** sagen hiermit allen unsern herzlichsten Dank.

A. Ziehm und Frau.

Zichlängige Bettstelle

zu verkaufen.

Nüchtingstraße 35, 1.

Ein kleines Haus

zu kaufen gesucht. Aug. mit genauer Angabe

Düstere Querstr. 14, 1.



Schöne Ferkel

sind billig zu verkaufen.

J. Klüwer, Schwart. III. 133

Partie Züsiter

Volltett-Räse

konst 80 Pfg., jetzt 60 Pfg.

Heinr. Arp, Schüsselbuden 10.

Knorr's Hafermehl

Bestes Rohmaterial und sorgfältige Fabrikation bedingen die wertvolleren Eigenschaften von Knorr's Hafermehl als leichtverdaulichste, nahrhafte und Durchfall vorbeugende Kinderahrung.

Nähre mit Knorr's

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich die

Bierhalle Böttcherstrasse 18

von Herrn **Johs. Grünwald** kaullich übernommen habe.

Indem ich für gute Speisen und Getränke, sowie aufmerksame Bedienung stets Sorge tragen werde, ersuche ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Johann Martens.

Morgen Sonnabend

empfehle

weiche Zervelatwurst

in nur guter Qualität

das Pfund **1.10** Mk.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik

Aug. Scheere.

Brennmaterialien.

Va. westfälischen Koksbricks 3tr. 1.30 Mk.

„ Braunkohlen-Bricket,

„ westfälischen Parikots 20, 30 30/40

zu billigen Tagespreisen.

Karl Schultz,

Lager: Schönkampstraße 6b.



Nur prima Heringe

sowie täglich frische

Kieler Bücklinge

lebende Karpfen

Fischhalle „Hansa“.

Telephon 1896. — Fünffhausen 33.

Markthallenstand 102. Rote Lübecamarken.

Empfehle diese Woche:

Prima dickes kernfettes Rindfleisch

Pfd. 65 Pfg.

sowie sämtl. Fleisch- u. Wurstsorten

in bester Qualität zu billigsten Tagespreisen.

Gustav Kobow,

Schlachterei u. Wurstmacherei, Mehlstr. 18.



Joh. BOY, Königstr. 61.

Telephon 115. Markt-

hallenstand 46.

Sonnabend frisch eintreffend: Seelachs,

Cablian, Schellfisch, Rotzungen, Hamburg.

Stint Pfd. 10 Pfg., ausgefucht. groß. Stint

Pfd. 20 Pfg. Kieler Pfahlmuscheln.

Pa. weißes Schmalz pr. Pfund 75 Pf.

bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd. 70 Pfg.

Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg., Kalbfleisch

50 Pfg., geräuch. Rollschultern 90 Pfg.,

keine Rauchstücke 85 Pfg., geräuch. Wett-

wurst 80 Pfg. u. 1.00 Mk., Schinkenpfe-

90 Pfg., Kohlwurst 70 Pfg., frisches Kopf-

fleisch 40 Pfg.

Prima Kuheuter per Pfund 40 Pfg.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Heute und folgende Tage:

Prima Lammfleisch

(Jährlingslämmer) per Pfund 65 Pfg.

Keule und Rücken 75 Pfg.

Johs. Ratze jun., Fleischerstraße 60.

Fernruf 1481.

Jeden Sonnabend

heiße Knackwurst.

Heinr. Viereck

Süßstraße 96.

Empfehle
Prima Ochsenfleisch
Prima Schweinefleisch
Prima Kalbfleisch
Prima Hammelfleisch
sowie
sämtl. Wurst- und Aufschnittwaren
in bester Qualität
Gust. Wietzke
Mühlenstrasse 69.
Fernsprecher Nr. 1871.

Strohfelts
Schlachterei und Wurffabrik
mit elektrischem Betrieb
en gros empfehle en detail
Ia. Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg.
Ia. Quenefleisch " 65 "
Ia. Kalbfleisch " 40 " au
Ia. Hammelfleisch " 65 "
1 Posten geräucherte Mettwurst
Pfd. 80 Pfg.
Hansastraße 39a.

Ausnahmsweise diese Woche:
Prima jung. fett. Rindfleisch Pfd. 60 Pfg.
„ Bratenstücke " 65 "
„ Rollfleisch " 80 "
„ Gulash " 70 "
„ Beefsteak " 1.00 Mk.
„ Schweinefleisch Pfd. von 70 Pfg. an
„ Carbonade Pfd. 80 Pfg.
„ Kalbfleisch " 50 "
„ Keulen " 60 "
„ Hammelfleisch " 65 "
„ Keulen " 70 "

F. Schröder, Königstr. 48b.
Kleine Rauchstücke,
Kieler Rippensteck,
Kohlwurst,
prima frisches Kopffleisch.
Von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.
Oscar Keil
Schlachterei u. Wurffabrikerei m. elektr. Betr.
Schwart. Allee 65, Ecke Westhoffstr.
Fernsprecher 1447.

Pr. fettes Quenefleisch
Pfund 65 Pfg.
empfehle
F. Peters,
Glandorpstraße, Ecke Waisenhoffstraße.
Fernsprecher 1434.

Achtung!
Heute nachmittag von 5 Uhr an:
Frische Berliner Blut- u. Leberwurst
per Stück 10 Pfg.
Wurftappe gratis!
Carl Junge, Wahrenstr. 14

Vorteilhaftes Angebot für den Winter!

Rock- u. Hemdenflanelle

nur bewährte krumpfreie Qualitäten.

Hemden-Flanelle	uni blau, glatt und geköpert, pr. Meter 2.25, 1.85, 1.55	110 Mk.	Rock-Flanelle	uni grau, braun und meliert pr. Meter 2.30, 1.85, 1.35	95 Pf.
Hemden-Flanelle	uni grau, braun und weiss, pr. Meter 2.20, 1.65, 1.40	125 Mk.	Rock-Flanelle	gestreift, hell und dunkle Muster pr. Meter 1.85, 1.55	135 Mk.
Hemden-Flanelle	grau und braun meliert, pr. Meter 2.45, 2.20, 1.65	130 Mk.	Rock-Flanelle	feinfarbig, uni rosa und hellblau pr. Meter 1.75, 1.55	115 Mk.
Rote Flanelle	glatt und geköperte Qualitäten, pr. Meter 2.20, 1.65, 1.25	110 Mk.	Weisse Flanelle	glatt und geköperte Qualitäten pr. Meter 2.30, 1.60, 1.25	105 Mk.
Futter-Flanelle	in allen Farben pr. Meter 1.75, 1.55, 1.15	90 Pf.	Blav Boy u. Gaschen	für Beinkleider und Jacken pr. Mr. 2.00, 1.65, 1.40	95 Pf.

Ein grosser Posten Rock- und Hemdenbarchende bedeutend unter Preis.

Rock-Barchend	hell und dunkel gestreift, pro Meter 85, 68, 55	40 Pf.	Hemden-Barchend	geraut, helle u. dunkle Muster pro Meter 60, 52, 45	32 Pf.
Rock-Barchend	uni und doppelseitig, Ersatz für Wolle pro Meter 90, 80, 65	48 Pf.	Hemden-Barchend	geköpert, einseitig geraut pro Meter 62, 55, 48	38 Pf.

Restposten Halbleinen, Hemdentuch, Schürzenzeuge, Flanelle, bunte Barchende, Bettzeuge, Bettsatin etc. weit unter Preis!

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Betten, Bettfedern
u. a. **Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlm.
4. 10.
Komplette Betten von 12.50 Mk. an,
Sesseln von 25. bis 45 Pf. bis 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Billig zu verkaufen: Ein Posten
Herren- und Damen-Fahrräder
sowie Nähmaschinen
Th. Vedder,
Friedenstraße 1.
Reparaturen von Fahrrädern und Näh-
maschinen werden billigst ausgeführt.

1 Hose
gratis zum Anzug
od. Paletot
im
Kredit-Kasten
Haus
untere Johannisstr. 70, I.

Möbel	Garderob.	Betten
Abzahl.	Abzahl.	Abzahl.
v. 1 Mk. an	v. 1 Mk. an	v. 1 Mk. an

Billige Kolonialwaren.
Marke **Burekhardt**
Margarine 80 Pfg., 1 Zeker gratis.

Ganzen Reis	Pfd. 17 Pfg.
Reismehl	" 16 "
Erbsen	" 13 "
ff. gemahl. Zucker	" 21 "
Linsen	" 19 "
5 Pfd. Kunsthonig mit Topf	150 "
Rosinen	" 45 "
3 Pfd. Soda	" 10 "
Schmierseife	" 16 "
1 Pfund Henkels Bleichsoda	9 "
Kartoffelmehl	" 15 "

Große Partien Käse
namend billig.
H. Limburger Pils 35 Pfg.
alter Garzer 8 Stück 10 Pfg.
Trotz der billigen Preise Rabattmarken.
Huxstrasse 40.

Wichtig für Jedermann!
Nur noch kurze Zeit dauert der aufsehenerregende
Riesen-Ausverkauf
von fertigen
Herren- u. Knaben-Garderoben
zu wirklichen Spottpreisen
Königstrasse 113, Ecke Aegidienstr.

Es gelangen zum Verkauf:
Große Posten hochelicer **Herren-Jackett-Anzüge**, darunter die meisten auf Robhaar gearbeitet, die bis 65 Mk. gekostet haben. Ferner: **Winter-Paletots, Winter-Joppen** und ein enormes Lager billiger und besserer **Herren-Hosen**. Die noch vorrätigen **Knaben-Anzüge** werden ebenfalls zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft.
Gummi-Mäntel und Wagen-Mäntel spottbillig.
! Nur ganz kurze Zeit! ! Nur ganz kurze Zeit!

Herren-Anzüge	früher 10-18 Mk., jetzt 6.50 Mk. an
Herren-Paletots	früher 9-21 Mk., jetzt 5.00 Mk. an
Prima Joppen	früher 9-16 Mk., jetzt 6.50 Mk. an
Herren-Hosen	früher 2-10 Mk., jetzt 1.25 Mk. an
Winter-Paletots	früher 18-30 Mk., jetzt 9.50 Mk. an
Herren-Anzüge	früher 21-36 Mk., jetzt 15.00 Mk. an
Gehrock-Anzüge	früher 36-54 Mk., jetzt 18.50 Mk. an

Jeder, der sonst gewöhnt ist, nach Maß anfertigen zu lassen, selbst der beliebteste Herr, findet in jeder Größe und Weite nach seinem Geschmack eine enorme Auswahl!

113 Königstr. 113, Ecke Aegidienstr.
Freie Fahrt nach Lübeck!
Bei Einkauf von 20 Mark an Reisevergütung bis 30 Kilometer.

Die ganze Stadt
und Umgegend
muß es wissen, daß man
Kolonialwaren
in sachmännisch ausgewählten Qualitäten nirgendwo besser und im Verhältnis zu den Qualitäten nirgendwo billiger kauft, als bei
Ludw. Hartwig, Obertrabe 8.

250-300 Stück leere Zigarrenkisten
zu verkaufen.
H. Gansellen, Warenborfstraße 19a.

Bruchkäse Pfd. 10 Pfg.
Schlumacherstr. 12, a. d. Diele.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhren-, Königsstr. 62, b. d. Hüßstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Zur guten Quelle
Hüßstraße 44.
Ausspielen
von
Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, den 15. November 1908.
Anfang 11 Uhr. — Einfaß 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Herm. Spittler.

Restaurant
Zur ewigen Lampe
5 Johannisstrasse 5.
Muspielen
von **Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch**
am Dienstag, 17. Novbr.
Anfang 10 Uhr morgens. Einfaß 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Heinr. Luckmann.

Ausspielen
von
fett. Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag, den 15. November.
Anfang 11 Uhr morgens. Einfaß 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
J. Ditz, Marlstr. 65.

Zentral-Verband deutscher Böttcher,
Weinküfer und Hilfsarbeiter.
(Zahlstelle Lübeck).

Einladung zum
23. Stiftungsfest
am Sonntag, den 15. November 1908
im Lokale des Herrn Fürbötter,
Wakenitz-Bellevue,
Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg.,
eine Dame frei.
Das Komitee.

Hansa-Theater
Nur noch 3 Tage:
Sidi Nirvana
und das große Programm.

Bilder aus dem deutschen Kasernenleben.

I.

In den Wahn sinn geheht.

Wegen Soldatenmißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen, und zwar mit dem Erfolg, daß der Mißhandelte, Musketier Albert Gassenzer, unmittelbar nach der Mißhandlung geisteskrank geworden ist, wurde am Freitag wider den Vizefeldwebel Karl Wörax von der 9. Komp. Infanterieregts. Nr. 13 vor dem Kriegsgericht in Königsberg verhandelt.

II.

Auch Landwehrmänner dürfen nicht mucksen.

Vor dem Kriegsgericht Nürnberg fand kürzlich eine Verhandlung statt, die wieder einen sehr wertvollen Beitrag zum Kapitel Militarismus lieferte. Die beiden Landwehrkanoniere Langel und Müller waren des militärischen Vergehens der Achtungsverletzung angeklagt.

tungsverletzung vor versammelter Mannschaft" wurde auch in der Verwahrung gegen den Ausdruck Lausbubereien erblickt. Die beiden Angeklagten brachten vor, daß sie gar nicht daran gedacht hatten, das Exerzieren stören zu wollen.

III.

Warum Rekruten desertieren.

Der Rekrut Telle vom - Feldartillerieregiment Scharnhorst in Hannover, der am 2. Oktober d. J. eingestellt war, desertierte bereits 14 Tage darauf mit der Absicht, über die dänische Grenze zu entkommen.

Soziales und Parteileben.

Der Hafenarbeiterstreik in Kristiania. Die 80 Mann, die am Donnerstag von Kopenhagen nach Kristiania verschifft wurden, um Streikbrecherdienste zu leisten, verweigern die Arbeit.

Vertweigerte Vertätigung. In der altenburgischen Dorfgemeinde Böschüh haben bei den vor einigen Wochen stattgefundenen Gemeindevahlen unsere Genossen die Mehrheit im Gemeinderat erlangt.

vorgehalten wurde, daß im Lande nach preussischem Muster regiert werde.

Eine freistündige Wahltagung geplant. Am Tage vor der Landtagswahl im zweiten städtischen Wahlkreise zu Gera (Reuß) setzte das Gerische Tageblatt mit ganz perfiden Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie ein, um die Wahl des Herrn Kalb zum Landtage durchzuführen.

Verbrechen gegen das keimende Leben.

In München ist ein Chemiker verhaftet worden, weil er Abtreibungsmittel verkauft hat. Eine große Anzahl von Frauen und Mädchen sollen in diese Ungelegenheit verwickelt sein.

Es ist von vielen Seiten die Forderung erhoben worden, diesen § 218 bei der Umarbeitung des geltenden Strafrechts ganz aufzuheben, und es waren zuerst Frauen, die naturgemäß das meiste Interesse in dieser Angelegenheit haben, die diese Forderung aufstellten.

Der Paragraph lautet wie folgt: Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein.

Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr angewendet oder ihr beigebracht haben.

Un diesen Paragraphen schließt sich der weitere 219: Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer einer Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getötet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

Das deutsche Strafrecht ist, in diesem Punkte, weit rigoröser als irgendein anderes Strafrecht. Nicht jedes Kulturland kennt dieses Verbrechen gegen das keimende Leben, das deutsche Strafrecht geht sogar so weit, daß es eine Frau bestraft, die in der irrigen Ansicht, schwanger zu sein, einen harmlosen Tee trinkt, von dem sie glaubt, daß er eine abortierende Wirkung ausüben könnte.

Das kanonische Recht erst schuf mit seiner diesem Rechte zugrunde liegenden Lehre von der Seele der belebten Leibesfrucht das Verbrechen gegen das keimende Leben. Es unterschied aber zwischen einer belebten und un belebten Frucht.

Der § 218 des Strafgesetzbuches besteht heute auch nicht etwa um der eheherrlichen Gewalt willen, denn er bestraft ja die ledigen Mütter und jene Ehefrauen, die mit dem Willen ihres Mannes die Abtreibung vorgenommen haben.

Was bereits lebt, darf geschädigt werden, auch die schwangere Frau, ganz gleich, was aus dem Kinde wird, denn sie das Leben geben will! Man darf auch die Mutter vor ihrem Säuugling trennen, ganz gleich, ob die Säuuglingssterblichkeit in Industriegebirgen einen erschreckenden Umfang annimmt.

Es sterben. Aber der Embryo von wenigen Wochen ist ein so hohes Gut, daß er mit allen Mitteln geschützt werden muß. Wem springe nicht dieser Widerstand in die Augen? Der Embryo muß Mensch werden, auch wenn die Frau gegen ihren Willen empfangen hat, vielleicht durch einen trunkenen Mann vergewaltigt, oder wenn dieses Kind, schwerer Voraussicht nach, mit dem Keime schweren körperlichen oder geistigen Defekts zur Welt kommen wird. Die Verhütung der Empfängnis bleibt straflos, und wenn das Leben der Mutter bedroht ist, z. B. bei der Geburt, muß der Arzt das Leben der Mutter dem des Kindes voranzustellen — aber die Frau, die Mutter selbst, die allein die Lasten und Schmerzen der Schwangerschaft und der Geburt trägt, und die ihre Kinder unter tausendfachen Mühen und Sorgen aufzieht, ohne irgendeine nationale Vergeltung dafür zu erhalten, die Frau darf in dieser ganzen Angelegenheit nicht entscheiden. Die Eltern, die ihr ganzes eigenes Leben opfern und die das Leben schon geborener Kinder verkümmern lassen müssen, wenn neuer Nachwuchs die Mittel immer mehr verfrachtet, sie müssen ein Gesetz über sich verhängen lassen, das in seiner Willkür fast grotesk wirkt.

Neben diesem draconischen Gesetz schießt das Kurpfuscher- und Erpressertum üppig empor und Tausende von Frauen werden alljährlich schwer an ihrer Gesundheit geschädigt, weil ärztlicher Rat und ärztliche Hilfe verboten sind. Im sozialen Organismus muß aber eine schwere Krankheit verborgen sein, die es bewirkt, daß Frauen gegen ihren eignen Körper, gegen ihre Leibesfrucht wüten. Die Mutterchaft der Frau hat in unserer kulturell angeblich so hochstehenden Zeit nicht den rechten Platz gefunden. Der reiche Frau ist sie häufig zur Last geworden, ein Hindernis in dem glatten genügsamen Leben, doch auch der Proletarierin wird sie eine Bürde — aus dem entgegengesetzten Grunde: sie trägt schon zu schwer. Der unverschämte Frau wird die Mutterchaft zur Schande.

Welch eine Fülle von Unnatur, Unkultur! Daneben aber steht der § 218 des Strafgesetzbuchs. Er trifft ganz willkürlich, wie ein blindes Schicksal diese und jene Frau. Die Zahl der Verurteilungen wegen Abtreibung betragen in Deutschland jährlich 400—500. Man kann füglich von einem Brommlesaj der tatsächlich stattfindenden Abtreibungen resp. Abtreibungsversuche sprechen. Die Zahl der kriminellen Abtreibungsfälle wird in Newyork auf 80 000 im Jahre gerechnet — etwa achtzig Fälle kommen zur Kenntnis der Behörden!

Aus Nah und Fern.

Wo steht der Breslauer Handhacker? Wie gemeldet wird, will der Breslauer Magistrat gegen das Urteil, das dem durch feige Volkstentat zum Krüppel geschlagenen Arbeiter Biewald eine Rente zusprach, keine Berufung einlegen, so daß das Urteil rechtskräftig wird. Die Akten über den „Fall Biewald“ sind freilich damit noch nicht geschlossen, denn es ist immer und immer wieder daran zu erinnern, daß es der Breslauer Polizei bisher noch „nicht möglich“ war, den feigen Burschen in Uniform, der Biewald hinterücks die Hand abgehakt, aufzufinden. Und so oft sie harmlose streikende Arbeiter, Obdachlose, Bettler und andere „Staatsverbrecher“ aufzufinden weiß, wird man ihr vorhalten, daß sie den Handhacker nicht aufzufinden vermag.

Guter Fang. Die Festnahme von drei Einbrechern erfolgte am Dienstag in Stettin, als sie gerade mit dem Aufbrechen eines Geldschrankes beschäftigt waren. Einer von ihnen, der sich Knitter nannte, hatte auffallende Ähnlichkeit mit dem Kaufmann Otto Kmitelius aus Offenbach, der den Klotheker Rathge in Magdeburg erschossen hat. Die dortige Kriminalpolizei, die von der Festnahme verständigt wurde, sucht die Persönlichkeit festzustellen.

Begnadigt. Aus Essen wird berichtet: Der Maschinenreißende Jakob Essmann, der am 4. Februar seine Frau erschossen hatte und vom Schwurgericht wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war, ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich auf der Zeche Stertrabe (Regierungsbezirk Düsseldorf), die der Guten-Hoffnungshütte gehört. Dort ging auf der ersten Sohle unerwartet ein fehlgegangener Sprengschuß los. Ein Aufseher wurde tödlich, fünf Bergleute außerdem schwer verletzt. Der Aufseher starb nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Aus besseren Kreisen. Die Strafkammer München I hat nun gegen Prof. Dr. Büttner das Hauptverfahren wegen Anstiftung zum Meineid und gegen die Privatere Schweminger von Innsbruck das Verfahren wegen Meineid eröffnet und die beiden Angeklagten vor das kommende Schwurgericht verwiesen.

Ein Brudermord ist in Saarbrücken begangen worden. Dort wurde der Arbeiter Hanewald von seinem Bruder, mit dem er kürzlich in Unfrieden geraten war, aus dem Hinterhalt mit einem Jagdgewehr erschossen. Soldaten fanden seine Leiche. Der Mörder ist verhaftet.

Gefangen. Der frühere Oberzahlmeister Körber vom 3. Infanterie-Regiment in Augsburg, der während seiner Dienstzeit 30 000 Mk. unterschlagen hat, ist in München verhaftet worden und krank als Untersuchungsgesfangener ins dortige Garnisonlazarett geschafft worden.

Infolge der Kälte sind in Brüssel bereits mehrere Todesfälle zu verzeichnen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Vereinsbrauerei

c. G. m. b. H.

Heute Freitag, den 13. November, **Ausstoss** unseres aus bestem Hopfen und Malz hergestellten vorzüglichen Lagerbieres.

Bestellungen erbitten an unsere Kutscher oder direkt an unser Brauerei-Kontor.

Hochachtungsvoll

Fernruf No. 1172.

Lübecker Vereinsbrauerei

c. G. m. b. H.



Gratis erhält jeder Käufer bei 1 Herren-Anzug oder Paletot **1 elegant. Herren-Hut.**

Credit-Haus S. Sachs
2 Schmiedestraße 2
Herren u. Knaben-Garderobe auf Abzahlung
mir Wachenrafen **1 Mark** an.
Alte Kunden u. Beamte erhalten alle Waren evtl. ohne Anzahlung.

Erke Sandstr. am Klingenberg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Hochaktuell!

Seeben erschien in III. Auflage:

Das persönliche Regiment

Reden und sonstige öffentliche .. Aeusserungen Wilhelms II. ..
Zusammengestellt von Wilh. Schröder.
Elegant broch. 200 Seiten Mk. 1.—
Porto 20 Pfg.

Das Buch bietet ein erschöpfendes Material zur Beurteilung des persönlichen Regiments in Deutschland und zu der alle Volkskreise beschäftigenden Frage der Abschaffung des absolutistischen Systems.

Öffentl. Buchbinderversammlung

Montag, den 16. November 1908

abends 8 1/2 Uhr

im Lokale „Zum Holsteinischen Hause“

(Besitzer H. Rumohr) Marlesgrube 22.

Tages-Ordnung:

Das heutige Buchbindergewerbe im Lichte der wirtschaftlichen Entwicklung.

Referent: Kollege **Emil Kloth-Berlin**, Verbandsvorsitzender.

— Gäste willkommen. —

Der Vorstand.

NB. Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Rum, Arrac, Kognak sowie sämtl. Weine und Spirituosen empfiehlt

Hans Pichelmann

Friedenstr. 78. Cafe Brölingstr.

Freier Guttempler-Orden.

Einladung zum

Stiftungs-Ball

am Sonntag, den 15. Nov. 1908, im Gasthof „Transvaal“, Schwartau.

Anfang 6 Uhr.

Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 30 Pfg.,

wofür Garderobe.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Festausichst.

Konzerthaus „Harmonie“

Dixstraße 110

Zum ersten Male in Lübeck!

Damen-Orchester

„Edelweiß“.

(6 Damen, 2 Herren.)

Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Eintritt frei.

Stadthallen-Theater.

Sonntag, 15. November, abends 7 1/2 Uhr.

Charleys Tante.

Schwank von Brandon Thomas.

Vorverkauf täglich von 11—1 Uhr im Stadthallen-Theater, sowie in den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, und Roß, Mühlenstraße 19.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon Nr. 298

Sonnabend 7 1/2 Uhr. Große Preise! Voll-Abonn. 43. Sonnabend-Abonn. 7.

Zum 1. Male! Novität! Ein Walzertraum. Operette von Strauß. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. Ermäßigte Preise! (Part. 1.75 u. 1.50; Stipart. 80 Pfg.) Auf-Abon. **Volkenkratzer.** Amerik. Kom. v. Köppler.

Abends 7 1/2 Uhr. Große Preise. Voll-Abon. 44. Ein Walzertraum.